

Standpunkte

01./02./03.2026



München wählt!

Cover:

oben: Wahlbenachrichtigung © Webandi / Pixabay

unten: Großer Sitzungssaal im Münchner Rathaus © Oktobersonne / Wikimedia Commons

Standpunkte

Online-Magazin
01./02./03.2026

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am **8. März** wählt München gleich drei Mal: einen neuen Stadtrat, den Oberbürgermeister und die 25 Bezirksausschüsse. Dreizehn Kandidatinnen und Kandidaten wollen OB werden, vierzehn Listen bewerben sich um die 80 Sitze im Stadtrat.

München steht unter Druck. Die Stadt wächst, verdichtet sich, verändert ihr Gesicht. Entscheidungen auf kommunaler Ebene wirken unmittelbar – im Viertel, auf dem Schulweg, vor der eigenen Haustür. Umso größer ist die Verantwortung der Wählerinnen und Wähler, genau hinzusehen: Es gibt viele Ideen, wie es mit München weitergeht: vom bezahlbaren Wohnen über die Mobilität zur Klimafolgenanpassung und der sozialen Balance.

Schon vor der Wahl ist klar: Der neue Stadtrat wird gestalten müssen in Zeiten knapper Haushalte. Spielräume werden enger, Prioritätensetzungen unvermeidlicher, Zielkonflikte sichtbar.

Da ist es wichtig, den Kandidatinnen und Kandidaten und ihren Programmen die richtigen Fragen zu stellen. Die Arbeitskreise des Münchner Forums haben für Sie in dieser Ausgabe Wahlprüfsteine zusammengestellt. Sie sollen Ihnen helfen, am 8. März eine gute Wahl für München zu treffen.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünscht Ihnen

Michael Schneider,
Programmausschussvorsitzender

**MÜNCHNER
FORUM**
Diskussionsforum für
Entwicklungsfragen e.V.



München wählt!

AK ‚JUNGES FORUM‘
Wahlprüfsteine Kommunalwahlen 2026 ohne Anspruch auf Vollständigkeit 4

AK ‚KULTURBAUTEN‘
Appell des AK Kulturbauten an den neugewählten Münchner Stadtrat 2026 5

AK ‚NACHBARSCHAFTSVIERTEL‘
Wahlprüfsteine des AK ‚Nachbarschaftsviertel‘ 7

AK ‚ÖFFENTLICHES GRÜN‘
Themenkatalog für die Amtsperiode 2026-2032 des Münchner Stadtrats 8

AK ‚ATTRAKTIVER NAHVERKEHR‘
Analyse der Wahlprogramme 11

BRIGITTE WOLF – DIE LINKE
Alte Akademie – Lessons learned? Eher nicht! 13

PAUL BICKELBACHER – DIE GRÜNEN
Die Alte Akademie – Vertane Chance für die Wissenschaft – Krimi um die Arkaden – am Ende Verkauf 15

JÖRG HOFFMANN – FDP
Die Alte Akademie: Symbol für Münchens Bau-Blockaden – aber auch für neue Chancen 17

JOHANN SAUERER – ÖDP
Alte Akademie: Ein Mahnmal für fehlgeleitete Stadtplanung 19

MAXIMILIAN MATHEISEN
Demokratie in der Stadt neu denken 20

MAREN SCHÜPPHAUS
Platz für Begegnung 23

DETLEV STRÄTER
Münchner Forum erinnert an Dr. Hans-Jochen Vogel anlässlich seines 100. Geburtstags 26

ZEITLOS AKTUELL
Stadtentwicklung in kommunalen Wahlprogrammen 1984 27

Arbeitskreise im Januar/Februar/März
Forum aktuell auf LORA 92,4
Impressum

Prüfsteine Kommunalwahlen 2026

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit

ARBEITSKREIS ‚JUNGES FORUM‘

1) Wer tritt überhaupt an?

Spiegelt die Liste der Partei die Münchner Stadtgesellschaft wider? Finden sich dort verschiedene Berufsgruppen, verschiedene kulturelle Hintergründe, und ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen? Die Menschen in München haben es verdient, im Stadtrat repräsentiert zu werden, als Wähler*innen sollten wir auch an unsere Mitmenschen aus anderen gesellschaftlichen Gruppen denken und schauen, ob sie repräsentiert werden. Homogene Listen sind eher ein schlechtes Zeichen.

2) Inhaltlich:

- Bodenpolitik: Will die Liste/Partei eine aktive Bodenpolitik fahren und ausbauen?
- Kampf gegen Mietwucher: Welche Mittel will die Liste im Kampf gegen Mietwucher nutzen? Will sie konsequent dagegen vorgehen?
- Erwartet sie von großen Konzernen einen Beitrag zur Bekämpfung der Wohnungsnot, z. B. in Form von Werkwohnungen?
- Verkehrspolitik: Will die Partei die Verkehrswende weiter konsequent fortsetzen? Und achtet sie dabei auf die Belange verschiedener Gruppen, z. B. Handwerksbetriebe, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen etc.?
- Klima: Steht die Liste für eine konsequente Klima- und Umweltpolitik in München? Will sie die Stadt konsequent klimaneutral machen und Umweltprobleme angehen?
- Wirtschaft: Setzt die Liste auf eine ausdifferenzierte Wirtschaftsstruktur? Will sie auch produzierendes Gewerbe im Stadtgebiet erhalten? Welche Strategien verfolgt die Liste/Partei, um auch Kleingewerbe in der Stadt zu halten?
- Neubau: Setzt die Partei auf verpflichtende Quoten für sozialen Wohnungsbau? Setzt sie auf innovative Ansätze, auf die Einbindung der Genossenschaften?
- Stadtgesellschaft: Tritt die Liste konsequent für eine diverse Stadtgesellschaft ein? Bekennt sie sich dazu, dass München eine diverse Stadt ist, in der rund 50 Prozent der Menschen den sogenannten Migrationshintergrund oder keinen deutschen Pass haben?

„Homogene Listen sind eher ein schlechtes Zeichen.“

- Demokratie: Setzt sich die Liste aktiv für eine demokratische Stadtgesellschaft ein? Unterstützt sie bürgerschaftliche Initiativen und Organisationen? Setzt sie sich für Beteiligung ein?
- Kultur: Erkennt die Liste an, dass Stadtteilkultur eine Säule des Zusammenlebens und Zusammenhalts ist, die finanzieller Förderung bedarf? Wie soll in Zeiten knapper Kassen sichergestellt werden, dass Kultur in Breite & Vielfalt gefördert wird und vor allem auch für verschiedene gesellschaftliche Gruppen zugänglich ist?
- Wie setzt sich die Liste für Freiräume in der Stadt ein? Arbeitet die Liste z. B. dafür, dass es Orte gibt, an denen Jugendliche auch mal lauter sein dürfen, dass es Orte für Soziokultur und Clubkultur gibt?

- Was tut die Liste dafür, dass das Leben in München wieder etwas bezahlbarer wird, z. B. in Form von vergünstigten Angeboten oder konsumzwangsfreien Orten?

- Versucht die Liste, Lösungen für Lärmkonflikte zu finden, die verschiedene Seiten zufriedenstellen?
- Bildung: Welche bildungspolitischen Ziele verfolgt die Liste/Partei? Welche Möglichkeiten sieht sie hier für die Kommune, über Bildungspolitik, die bei den Kleinsten anfängt, Chancengerechtigkeit zu ermöglichen?
- Umwelt/Naturschutz: Welche Ziele verfolgt die Liste in Bezug auf Umwelt/Natur/Klimaschutz im Stadtgebiet? Wie soll sichergestellt werden, dass in einer zunehmend verdichteten Stadt auch noch Frei- und Grünflächen erhalten bleiben, die nicht nur Freizeitwert, sondern auch einen Wert für Artenvielfalt und Ökologie haben?
- Allgemein: Welche inhaltlichen Prioritäten setzt die Partei/Liste mit Blick auf die klammen Kassen der Kommunen für die kommende Legislaturperiode? Welche Strategien gibt es, mit den verminderten Mitteln umzugehen? 

Der Arbeitskreis ‚Junges Forum‘ besteht aus jungen Menschen, die das Interesse an unserer Stadt und der Drang nach Austausch, Diskussion und Beteiligung einen. Mit ihren Aktionen wollen sie Themen nach außen tragen und die Stadtgesellschaft zum Hinterfragen und Diskutieren anregen.

Appell des AK ‚Kulturbauten‘ An den neugewählten Münchner Stadtrat 2026

DR. ANNEMARIE MENKE UND CLAUDIA MANN FÜR DEN ARBEITSKREIS ‚KULTURBAUTEN‘

Der Arbeitskreis ‚Kulturbauten‘ im Münchner Forum beschäftigt sich seit Jahren mit dem bedeutenden Ensemble Schloss Nymphenburg. Sichtbezüge auf das Schloss und innerhalb der Schlossanlage sind zu erhalten und zu bewahren. Das historische Bild und die barocke Anmutung des Schlossrondells gehören unmittelbar zur städtebaulichen Großfigur und zur geschützten Erscheinung von Schloss Nymphenburg und stellen ein Kulturdenkmal von internationalem Rang dar.

Die an der Paketposthalle geplanten Wolkenkratzer werden sich mit einer Höhe von jeweils 155 Metern, wiewohl 1,9 km entfernt von Nymphenburg, unübersehbar in das Stadtbild einschreiben und Sichtachsen und Blickbeziehungen dauerhaft belasten.

Zu kritisieren ist insbesondere die Vorgehensweise. Eine methodisch fundierte Sichtachsen- und Raumwirksamkeitsuntersuchung innerhalb des Ensembles Schloss Nymphenburg hat nicht stattgefunden. Betrachtet wurde nur die zentrale Mittelachse, die auf das Hauptgebäude mit dem weltberühmten Steinernen Saal zuführt. Unberücksichtigt blieb jedoch das dem Schloss vorgelagerte, riesige Schlossrondell, dessen Halbkreisform den Blick auf die Schlossfassade weitet. Die hier befindlichen Kavaliershäuser und die zugehörige Schlossmauer bilden den Rahmen, in dem Nymphenburg, eines der größten Barockschlösser Europas, seine grandiose Wirkung entfaltet. Das Stilmittel der räumlichen und architektonischen Steigerung diene der gezielten Inszenierung der fürstlichen Herrschaft und deren Lebenswelt.

Durch den Bebauungsplan zum Paketpostareal sieht der AK eine akute Gefährdung für das Ensemble Schloss Nymphenburg, für dessen künftige Vermittlung und seine internationale Anerkennung. Auf seine fristgerecht eingereichten Einwände gegen den Bebauungsplan Paketpostareal mit konkreten

Kritikpunkten hat der AK Kulturbauten seitens des städtischen Planungsreferats nur eine formale, keine inhaltliche Antwort erhalten.

Der Stadtrat hat das Bürgerbegehren der Initiative HochhausSTOP mit dem Ziel, die Wolkenkratzer an der Paketposthalle einzukürzen, trotz Erreichen des Quorums als unzulässig eingestuft und damit einen Rechtsstreit entfacht. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat aktuell die Berufung abgewiesen und bestätigt damit das Urteil des Münchner Verwaltungsgerichts in 1. Instanz. Am 26.11.2025 wurde der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Paketpostareal“ vom Stadtrat bereits verabschiedet.



Im Podcaststudio (v. l.): Claudia Mann, Christian Ude, Stephan Reichenberger & Robert Brannekämper

48.000 Bürgerstimmen gegen die Hochhauspläne an der Paketposthalle – und doch erklärt der Stadtrat das Bürgerbegehren für rechtswidrig. Solche Entscheidungen vertiefen die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung, verschärfen Konflikte innerhalb der demokratischen Mitte und lassen klare Perspektiven verschwimmen.

Vom neugewählten Stadtrat wünscht sich der AK deshalb, in seinen fachlich fundierten und wohlbe-gründeten Argumenten ernst genommen zu werden, unsere Einwendungen zum Bebauungsplan Paketpostareal bitten wir umzusetzen.



Der Arbeitskreis ‚Kulturbauten‘ im Münchner Forum beschäftigt sich seit Jahren mit dem bedeutenden Ensemble Schloss Nymphenburg.

Abgeschlossen ist der Rechtsstreit um die beiden Wolkenkratzer mit einer Höhe von jeweils 155 Meter wohl noch nicht, gegen den Bebauungsplan kann noch die sogenannte Normenkontrollklage geführt werden. Wir wünschen uns, dass die Stadt erst nach abschließender juristischer Klärung im Rahmen einer Normenkontrollklage rechtssichere städtebauliche Verträge zum Wohle der Münchner Bürgerinnen und Bürger mit dem Investor schließt. Weitere Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren sollten äußerst kritisch und detailliert vom Stadtrat begleitet und kontrolliert werden. Das betrifft auch den geplanten öffentlichen Raum in der denkmalgeschützten Paketposthalle, über den der Bebauungsplan bislang keine konkrete Auskunft gibt.

Das bedeutet: Vorab ist ein Nutzungs- und Sanierungskonzept für die denkmalgeschützte Paketposthalle vom Investor einzufordern. Die zukünftigen Funktionen und öffentlichen Nutzungen müssen unserer Ansicht nach rechtlich eindeutig und verbindlich fixiert und in ihrer Umsetzung sorgfältig beobachtet werden. Es gilt zudem sicherzustellen, dass diese Verträge auch immer für etwaige Rechtsnachfolger des aktuellen Investors Büschl gelten, mit Blick auf die kritische städtische Haushaltslage bitte mit Kostentransparenz und -sicherheit. 48.000 Unterschriften wiegen mehr als 112 zufällig ausgewählte Bürgergutachter*innen!

Die Hochhausstudie 2023 ist in Bezug auf ihre Qualitätsstandards zu prüfen und zu ergänzen. Es fehlen Festlegungen für eine professionelle Blickfeldanalyse, die einem Vergleich mit anderen bundesweiten und internationalen Anlagen und den dort angesetzten Qualitätsmaßstäben Stand hält.

Im Sinne einer baukulturell wertvollen Stadtbildgestaltung ist das Ergebnis entsprechend in den

Planungen der Stadt, insbesondere in den aktuell anstehenden B-Plan-Verfahren zu berücksichtigen. Es ist sonst weiterhin zu befürchten, dass sich künftig neuzeitliche Architektur in einer markanten Weise in das Blick-Gefüge der Stadt und von Schloss Nymphenburg hineindrängt und beides unwiderruflich beeinträchtigt.

In der SZ konnten wir am 30.12.2025 in einem Interview von Laura Weißmüller mit David Chipperfield, einem der bekanntesten Architekten der Welt, über seine Abhängigkeit von Auftraggebern wie René Benko und das Neue Stadtbild Londons, folgende beachtenswerte Einschätzung lesen:

„Wenn ich Menschen fragen würde, in welcher Stadt sie gerne leben würden, dann würden die meisten etwas Ähnliches beschreiben: Gebäude mit vier bis sechs Stockwerken, mit guten Geschäften im Erdgeschoss, schöne Straßen mit Plätzen und Cafés, vielen Bäumen und wenig Verkehr, gute Schulen für ihre Kinder und ein örtliches Krankenhaus. Blöd nur, dass wir diese Stadt nicht bauen. Genau. Wir bauen sie nicht. Wir bauen große Blöcke. Warum? Nicht weil Architekten das so wollen, sondern weil der Grundstückswert so hoch ist. Der einzige Weg, diesen Grundstückswert zu realisieren, ist das Spiel, das wir derzeit spielen. London ist ein gutes Beispiel dafür. Die Stadt, in die ich in den Siebzigerjahren kam, war edgy und dunkel. Jetzt ist alles hell und glänzt, aber es hat seinen Charakter verloren.“ 🎯

Der Arbeitskreis ‚Kulturbauten‘ setzt sich für die Mitgestaltung Münchner Kulturbauten ein, weil Kultur und Bildung den Wert einer Stadt prägen. Mit der Analyse von Planungen und dem Einsatz für den Erhalt historischer Bauten informiert er die Stadtgesellschaft und regt zum Mitdenken an.

Zum Weiterlesen:

[1] <https://muenchner-forum.de/die-arroganz-der-macht-weniger-demokratie-wagen-in-muenchen-forum-aktuell-09-2025/> ↗

[2] <https://www.sueddeutsche.de/leben/david-chipperfield-ueber-architektur-und-abhaengigkeit-li.3335226?reduced=true> ↗

Wahlprüfsteine des AK ‚Nachbarschaftsviertel‘

ARBEITSKREIS ‚NACHBARSCHAFTSVIERTEL‘

Diese Entwicklung würden wir uns wünschen:

In der gesamten Stadt werden Nachbarschaftsviertel entwickelt!

Für eine soziale, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung zur Stärkung des Sozialen und des nachbarschaftlichen Miteinanders im Sinne der „Neuen Leipzig-Charta“.



Gemeinschaft



Gesundheit



Sicherheit



Gemütlichkeit

Quelle © Freepik

Das Wesen des Gemeinwohls beinhaltet zuvorderst die demokratische Entscheidung und Teilhabe auf Quartiersebene: Menschen werden niederschwellig in Entscheidungsprozesse eingebunden und entscheiden demokratieförderlich mit.

Bottom Up → Aktive Bürgerbeteiligung & demokratische Teilhabe → schafft Akzeptanz und macht Bürger zu Aktiven. So können auch kritische Themen, etwa die Nutzung des öffentlichen Raums, Parkplätze, nötige Transformationsprozesse usw. besser verhandelt werden.



Klima Anpassung



Mobilitätswende

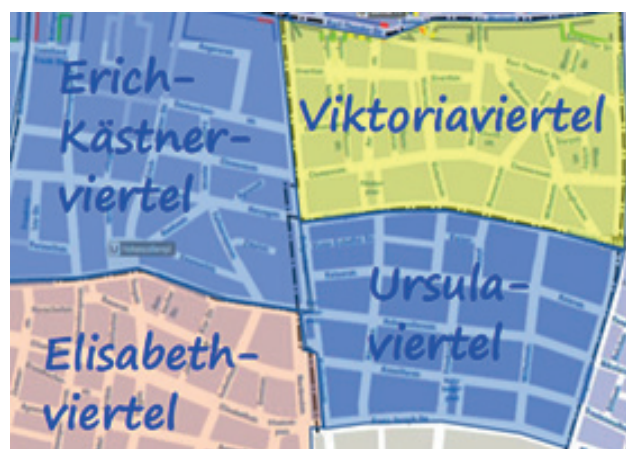


Das brauchen unsere Nachbarschaften:

- ein Quartiersmanagement
- geeignete Räume zur Organisation und als Treff
- analoge und digitale Kommunikationsmöglichkeiten
- Neueinteilung der Nachbarschaften in Viertel pragmatischer Größe, die Teilhabe und Identität befördert
- gemeinnützige Standard-Vereinssatzungen
- klare Ansprechpartner bei der Stadt

Viele Projekte und Ideen sind sichtbar

- wichtig ist, diese zu bündeln: Initiativen vernetzen und städtische Einrichtungen zusammenführen.



Dies sind die wichtigsten Punkte, um in Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Stadt Nachbarschaftsviertel in ganz München zu gestalten. 🗳️

Der Arbeitskreis ‚Nachbarschaftsviertel‘ setzt sich für eine soziale, nachhaltige und gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung in ganz München ein und will die soziale Entwicklung in der Nachbarschaft fördern.

Themenkatalog

für die Amtsperiode 2026-2032 des Münchner Stadtrats

KLAUS BÄUMLER FÜR DEN ARBEITSKREIS ‚ÖFFENTLICHES GRÜN‘

„Mit Mut, Visionen und Zuversicht: Ganz München im Blick“:

Mit diesem griffigen Aufmacher formulierten zu Beginn der **Stadtratsperiode 2020-2026** die Stadtratsfraktionen von SPD und Grünen die Ziele ihrer **Koalitionsvereinbarung**. Mit Protokollnotizen umfasste die Vereinbarung über 40 Seiten. Der Stellenwert und der Umgang mit Urbanem Grün wurde in mehreren Kapiteln angesprochen.

In der Ausgabe der Münchner-Forum-Standpunkte 12.2020/01.2021 mit dem Schwerpunktthema „**München und sein Urbanes Grün. Historie – Fakten – Projekte – Initiativen**“ wurden die wesentlichen „Grünen Ziele“ für die sechsjährige Stadtratsperiode 2020-2026 dokumentiert.

Mit Blick auf die Kommunalwahl im März 2026 kann erwartet werden, dass von den Vertragspartnern der Koalitionsvereinbarung 2020 selbst eine konkrete faktenbasierte Erfolgsbilanz erstellt wird. Eine derartige Bilanzierung von Aktiva und Passiva ist für die Parteien ein Spiegel ihrer Aktivitäten und zugleich Erfolgskontrolle, aber auch für die Wahlbürgerschaft ein hilfreiches Instrument bei der Wahlentscheidung.

Unabhängig hiervon hat der Arbeitskreis Öffentliches Grün einen „**Grünen Themenkatalog**“ für die **Stadtratsperiode 2026 – 2032** erstellt.

Der aufgestellte „**Wunschatalog**“ ist nicht abschließend, sondern umfasst nur eine Auswahl von Themen zum Urbanen Grün, die zum Teil seit der Gründung des Arbeitskreises Öffentliches Grün im Jahr 2013 bearbeitet werden:

Intensivierung der internationalen Kontakte im Umweltbereich, um die Spitzenstellung Münchens im transnationalen Netzwerk zu dokumentieren:

z.B. Aktivitäten zum Weltwassertag, zum World-Rivers-Day, Kooperation mit den globalen Netzwerken „swimmable cities“ (Matt Sykes), „drinkable rivers“ (Li An Phoa).

Realisierung der Baumkronenüberdeckung in der Innenstadt auf der Basis von 30 % der Straßenfläche

Digitalisierung des Grünanlagenverzeichnisses mit Plänen

Dokumentation der Gartendenkmäler in München

Dokumentation der Naturdenkmäler in München

Fortschreibung von Landschaftsschutzverordnungen

z.B. Priorität für LSchG Englischer Garten <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/4472240> 

Namensgebung für öffentliche Grünanlagen ermöglichen, Aufhebung eines entgegenstehenden Stadtratsbeschlusses

Erstellung eines Baumkatasters

Reaktivierung der Braunauer Eisenbahnbrücke

Bau der Giesingerberg Brücke

Fortsetzung des Isartalbahnwegs bis zur Stadtgrenze

Realisierung Isarplan II Mitte (Corneliusbrücke – Prinzregentenbrücke)

Planung Isarplan III Nord (Prinzregentenbrücke – nördliche Stadtgrenze)

Vollendung Isarplan I (Marienklause, Durchgängigkeit, Umbau Auer-Mühlbach-Düker)

Natur- und Landschaftspark Isar (Baustein für Regionalpark); auch unabhängig von IBA 2030

Städtisches Areal des Golfplatzes Hinterbrühl / Thalkirchen im FFH-Gebiet

Konzeption zur Rückgewinnung als Natur- und Erholungsraum;
Beendigung des Pachtvertrags im Jahr 2034 vorbereiten.

Auswertung des biogeografischen Standardwerks „Flora von Bayern“ (Bio-Atlas der Botanischen Staatssammlung) in Bezug auf das Stadtgebiet und den städtischen Grundbesitz in der Region

Fortführung **Landschaftspark West**

(mit Anschluß durch Brückenbauwerk nach Norden)

Fortführung **Landschaftspark Solln**

Areal Großmarkthalle / Viehhof / Schlachthof:

Transparenz und Partizipation

Verknüpfung Westpark – Ausstellungspark - Theresienwiese / Flaucher / Großer Stadtbach / Braunauer Eisenbahnbrücke / Isar

Schutz der städtebaulichen Grünen Highlights; „keine neuen Skylines“ im Rahmen von Bebauungsplänen:

Rinecker-Gelände; Isarring 11; Tucherpark; Büschl-Türme und Ensemble Schloss Nymphenburg

Realisierung Herzog-Wilhelm-Park

Realisierung „Centralpark“ (IBA-Projekt BN Kreisgruppe München):

Sendlingertorplatz – Sonnenstraße – Stachus – Lenbachplatz – Effner-Park (Maximiliansplatz); Verknüpfung Alter Botanischer Garten – Künstlerhaus

Proaktive Umsetzung von Parkpflegewerken:

Theresienwiese, Flaucher, Alter Botanischer Garten, Schmedererpark (=Kronepark), Vater-Rhein-Brunnen, Praterinsel, Schwindinsel (Aufstellung des Schwind-Denkmal)

Aufhebung des Baustopps (Haushaltssperre) für sog. kleine bürgerschaftliche Projekte:

Fortführung des Projekts „Neureutherplatz“

„Keine Tram durch den Englischen Garten“:

Beendigung der städtischen Planungen aus Kostengründen

Statt Tram: Ausweisung der Omnibusstraße als Fahrradstraße

(Beschuß der ADFC-Mitgliederversammlung 1/2015, Pressemitteilung 31.01.2015)

Umsetzung des Freiraumquartierskonzept und des Projekts „Altstadt für Alle“:

Aufwertung der Verbindung Hofgarten – Finanzgarten – Schönfeldpark

(Beleuchtung Fußweg Finanzgarten)

Wiederherstellung der **Arkaden der Alten Akademie** (Neuhauser Straße / Kapellenstr.)

Realisierungswettbewerb Umgestaltung Ludwigstraße (südlicher Teil Briener Straße / Von-der-Tann-Straße):

Transparenz u. Partizipation

Ideenwettbewerb Neugestaltung Ludwigstraße (nördlicher Teil Von-der-Tann-Straße- Adalbertstraße):

Transparenz und Partizipation

„Grünes KunstAreal“: Kooperation Stadt München – Freistaat Bayern zur Realisierung des preisgekrönten Entwurfs „KunstGarten“ des Atelier Roberta, Paris.

Fortführung des Projekts „Sommerstraßen“:

z.B. Aufwertung des Grünwaldparks (Verknüpfung mit Auffahrtsallee);

Aufwertung des Südparks (Auflassung Höglwörther Straße)

Aufwertung des Straßenbegleitgrüns (Art. 30 BayStrWG, „Versöhnungsgesetz“):

Keine Genehmigung von Litfass-Säulen im Straßenbegleitgrün; rechtliche Möglichkeit zur Aufhebung von Baugenehmigungen für Litfass-Säulen nutzen.

- Derzeit sind die „städtebaulich top-plazierten“ rotierenden CityLight-Säulen der Firma Schwarz nicht belegt. Für deren Modifikation laufen dem Vernehmen nach aktuell Genehmigungsverfahren beim Planungsreferat, in denen der neue Standard von Art. 30 BayStrWG durchgesetzt werden kann.
- Litfass-Säulen werden in besonders geschützten Ensemblebereichen und vor Baudenkmälern von den Denkmalbehörden genehmigt. In diesen Bereichen aber Bäume zu pflanzen, begegnet erheblichen Widerstand dieser Behörden. Der offensichtliche Widerspruch ist zu Gunsten des Öffentlichen Grüns aufzulösen.

Urbanes Grün und Zeitgeschichte:

Ein Megathema zur Verankerung des Urbanen Grüns im übergreifenden Kontext.

Aktuelles Vorbild: Ausstellung im Deutschen Historischen Museum, Berlin:

„Natur und deutsche Geschichte. Glaube – Biologie – Macht“,

bis zum 06.06.2026 (vgl. Besprechung von Gustav Seibt in SZ - Feuilleton v. 13.11.2025).

Beispiele in München:

- **Conwentzstraße, 1947 benannt nach Hugo Conwentz (1855-1922)**, verläuft im Bereich der Südisar von Hinterbrühl zur sog. Wenz-Siedlung.
Hugo Conwentz, ein deutscher Botaniker, hat als einer der ersten Wissenschaftler nicht nur in Deutschland und Bayern, sondern auch in Europa den Gedanken des Natur- und Landschaftsschutzes erfolgreich propagiert und den Begriff „Naturdenkmal“ politisch-administrativ durchgesetzt.
Im Oktober 1906 fand in München die 2. Jahresversammlung des Bundes Heimatschutz, der von Conwentz 1904 mitgegründet wurde, statt. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Hugo Conwentz-Danzig über das Thema „*Schutz der natürlichen Landschaft, vornehmlich in Bayern*“.
Dieser Vortrag wurde 1907 in Berlin publiziert und ist als Digitalisat im Netz aufrufbar.
Wichtige Persönlichkeiten des Münchner Kulturlebens waren bereits 1906 Mitglied des Bundes Heimatschutz (Franz Defregger, Hans Grässel, Martin Greif, Carl Hocheder sen., Hermann Obrist, Richard Riemerschmid, Heinrich Roeckl, Gabriel Seidl, August Thiersch, Fritz von Uhde u.a.).
- **Grünanlage Kuntersweg / Südtiroler Platz alias Tiroler Platz / Perathoner Stein / flächenhaftes Naturdenkmal Moränenhang / FC-Bayern-Sport-Gelände**
- **Max von Pettenkofer:** Trinkwasser, Grundwasser, Abwasser: „Erfindung“ der Hygienewissenschaft 

Ziel des Arbeitskreises „Öffentliches Grün“ ist es, den hohen Stellenwert des Öffentlichen Grüns im Bewusstsein der Münchner und Münchnerinnen sowie des „Rathauses“ (= Stadtrat und Stadtverwaltung) zu fördern. Außerdem macht es sich der AK zur Aufgabe, stärkere Transparenz zu schaffen und die zunehmende Bedeutung des Öffentlichen Grüns angesichts der Verdichtungsdiskussion zu vermitteln.

Analyse der Wahlprogramme

Wird darin ein ernsthafter ÖPNV-Ausbau und ein attraktiveres Angebot für Fahrgäste angestrebt?

BERTHOLD MAIER FÜR DEN ARBEITSKREIS ‚ATTRAKTIVER NAHVERKEHR‘

Das Thema Mobilität ist in Großstädten wie München seit Jahrzehnten ein intensiv bis unsachlich diskutiertes Dauerthema. Auch bei der nächsten Kommunalwahl am 8. März 2026 wird dieses Thema von einigen Parteien als ein wichtiges Wahlkampfthema gesehen, um die wesentlichen Ziele einer stadtgerechten Verkehrspolitik, d. h. weniger MIV (motorisierter Individualverkehr) zu erreichen, um

- die Lärm- und Abgasbelastungen zu verringern
- die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Fahrradfahrer zu verbessern
- den notwendigen Wirtschaftsverkehr besser durchführen zu können.

Wesentlicher Baustein der MIV-Reduzierung ist die Verlagerung auf den ÖPNV. Daneben stehen selbstverständlich Verbesserungen für den Fuß- und Radverkehr.

Laut einer IHK-Studie vom November 2022 (IHK-Stellungnahme Teilstrategie Wirtschaftsverkehr – Urbane Logistik zur Mobilitätsstrategie 2035 der Landeshauptstadt München, <https://risi.muenchen.de/risi/dokument/v/7521912#page=17>) ist ein Drittel des Straßenverkehrs Wirtschaftsverkehr, hinzu kommt unvermeidbarer weiterer Autoverkehr. Im Umkehrschluss heißt dies, dass rund 50% des Autoverkehrs verlagerbar sind.

Im Folgenden wird dargestellt, anhand welcher Schlüsselwörter und Aussagen (z. B. zur Finanzierung, Wahl der richtigen Ausbaumaßnahmen etc.) im Kommunalwahlprogramm eine Partei den ÖPNV-Ausbau als wesentlichen Teil der Sicherung des Wirtschaftsstandorts München ernst nimmt – oder eben nicht.

Allgemeine Aussagen zu den verschiedenen Verkehrsmitteln

„Gleichberechtigung aller Verkehrsmittel“ heißt „Bevorzugung des Autoverkehrs“.

Oft steht in Wahlprogrammen, dass „alle Verkehrsmittel gleichbehandelt werden sollen“ oder „keines diskriminiert werden darf“ (in der abgeschwächten Form: „nicht ein Verkehrsmittel gegen das andere ausspielen“). Das klingt auf den ersten Blick ausgewogen, meint aber eine Bevorzugung des Autoverkehrs. Wer Verkehr vom MIV auf den Umweltverbund verlagern und damit dem Wirtschaftsverkehr helfen will, muss nun mal die infrastrukturellen

Voraussetzungen schaffen – das heißt unter anderem: eigene ÖPNV-Trassen, bessere Radwege, nicht zugeparkte Gehwege. „Gleichbehandlung“ im Sinne von „alles so lassen, wie es ist, und dem MIV keinen Platz wegnehmen“ würde bedeuten, die erheblichen Flächenumverteilungen zugunsten des MIV in den Nachkriegsjahrzehnten nicht anzutasten. So ist keine durchgreifende Verlagerung auf den Umweltverbund möglich.

Flächenverteilung

Das ist der Dreh- und Angelpunkt einer stadtgerechten Verkehrspolitik. Der Vorteil des Umweltverbundes bezüglich Flächenverbrauch ist z. B. hier https://www.zukunft-mobilitaet.net/wp-content/uploads/2014/08/flaechenbedarf-verkehr-pkw-radverkehr-fussgaenger-strassenbahn-bus-oepnv-flaechen-flaechenaufteilung_2000px.jpg klar zu erkennen.

Wenn der ÖPNV eine akzeptable Alternative zum PKW sein soll, braucht er genügend Platz – eigene Tram- und Busspuren, komfortable Haltestellen etc... Wer dem ÖPNV dies verweigert, will eben Priorität für den MIV, mit der Folge, dass dann mehr Autos im Stau setzen. Stau aufgrund des Mangels an für Verkehrsflächen verfügbaren Raums in der Stadt führt bei manchen Parteien nicht dazu, den Umweltverbund (d. h. flächensparende Verkehrsmittel) zu fördern, sondern dazu, noch mehr Priorisierung für den MIV zu fordern (wird dann oft formuliert als: „Autoverkehr nicht benachteiligen, ideologischen Kampf gegen das Auto beenden.“).

Förderung des Wirtschaftsverkehrs, notwendigen Verkehr sicherstellen

Das ist ein Punkt, dem sicher alle Parteien zustimmen. Die Frage ist immer, wie dieses Ziel erreicht werden soll. Erfolgversprechend ist einzig die Verlagerung von möglichst viel MIV auf den Umweltverbund, um Platz auf den Straßen zu schaffen. Dies erfordert entsprechende Flächenumverteilungen und Investitionen. Wenn davon nicht die Rede ist, soll der Wirtschaftsverkehr durch eine Förderung des MIV (z. B. noch weniger Verkehrsüberwachung, Gehsteigparken) verbessert werden – in der Hoffnung, dass

„mehr MIV“ auch zu weniger Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs führt. Für diese Hoffnung gibt es keine entsprechende Bestätigung in der Realität.



Finanzierung ÖPNV (Bau und Betrieb)

In Wahlprogrammen sind typischerweise keine detaillierten Finanzierungskonzepte zu erwarten. Aber wenn z. B. auf die Möglichkeit verwiesen wird, Mittel der Stellplatzablöse (oder Anwohner-Parkgebühren, falls der Freistaat den Kommunen mehr Spielraum geben würde) zu verwenden, deutet das darauf hin, dass ein durchgerechnetes Konzept dahintersteht.

Pauschale Aussagen wie möglicherweise „der Takt beim Bus muss verdichtet werden“ ohne Aussagen zur Finanzierung haben angesichts der städtischen Haushaltslage eine sehr überschaubare Aussagekraft. Und bei Vorschlägen, ein Projekt zu streichen, um ein anderes zu finanzieren, hilft es, die betreffenden Finanzierungsbeträge zu vergleichen, um die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit der Aussage zu prüfen.

Citymaut

Die Citymaut verbindet die Erschließung neuer Finanzierungsquellen z. B. für den ÖPNV mit einer flächigen Reduzierung des Autoverkehrs. Letzteres ist gerade am Stadtrand interessant, da weniger MIV einfachere Lösungen bei der Busbeschleunigung und dem Ausbau der Fahrradwege ermöglicht. Eine Citymaut wurde auch schon vom Ifo-Institut für München vorgeschlagen (<https://www.spiegel.de/auto/ifo-forscher-empfehlen-anti-stau-gebuehr-fuer-muenchen-a-d8251b89-53c0-4085-a96c-8b77226db446> ).

Aussagen einer Partei zur Citymaut zeigen klar das Problembewusstsein und auch den Willen, unbequeme Themen anzufassen.

Bevorzugung effizienter Maßnahmen – Tram fördern

Neben dem Bereitstellen ausreichender Mittel (vgl. Finanzierung) kommt es darauf an, die Mittel möglichst effizient zu verwenden. Pro investiertem Euro bringt die Tram den zwei- bis dreifachen Nutzen im Vergleich zur U-Bahn bezüglich Verlagerung vom Autoverkehr auf den ÖPNV. Wer also Tramprojekte ablehnt, hat erkennbar kein Interesse an einem effizienten ÖPNV-Ausbau.

In der momentanen Lage kommt es nicht auf das pressewirksamste U-Bahn-Konzept an, sondern darauf, den ÖPNV in kleinen, bezahlbaren Schritten zu verbessern. Gleichzeitig ist darauf zu achten, sich

keine Optionen für die Zukunft zu verbauen: Flächen für künftige Betriebshöfe (Abstellflächen) für Bus und Tram sind freizuhalten, bei Baumaßnahmen sind künftige Schnellbahn- und Tramausbauten zu berücksichtigen (Trassenfreihaltungen). Wer an Ausbauplanungen festhält, hat die Zukunft im Blick.

Bus- und Trambeschleunigung

Weitere effiziente Maßnahmen sind Tram- und Busbeschleunigung. Wenn Bus und Tram schneller vorankommen, werden weniger Fahrzeuge benötigt, um eine gegebene Streckenlänge in einem bestimmten Takt zu bedienen. Wer ÖPNV-Beschleunigung fordert, dem geht es klar um dessen Verbesserung. Und umgekehrt gilt: Wer sich hier zurückhält, hat eben kein Interesse an einem attraktiven und effizienten ÖPNV, sondern gibt lieber knappe ÖPNV-Gelder dafür aus, dass nicht einzelne Autos ein paar Sekunden länger an Ampeln warten müssen.

Scheinlösungen – klingen auf den ersten Blick gut, ziehen aber nur Mittel von sinnvollen Vorhaben ab

On-Demand: Auch wenn derzeit On-Demand-Verkehre intensiv propagiert werden, ist das keine für München brauchbare Lösung. On-Demand ist – sofern ein ÖPNV-Anteil im einstelligen Prozentbereich als zufriedenstellend betrachtet wird – eine brauchbare Lösung für dünn besiedelte Räume. Für München ist es definitiv unbrauchbar.

Park&Ride (P&R): Park&Ride löst auf den ersten Blick das Problem, bequem zur U- oder S-Bahn zu kommen. Aber auch dieses Konzept ist für München kaum anwendbar – wo sollen an den Schnellbahnhöfen ausreichend große Parkflächen gebaut werden? Hinzu kommt der desolate Zustand der Münchner S-Bahn: Die S-Bahn braucht kein Park&Ride in München, sondern einen Freistaat, der seine Verantwortung ernst nimmt.

Wer Scheinlösungen umsetzt, entzieht damit den wichtigen Themen die finanziellen Mittel. 

Seit 1978 setzt sich der Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘ (AAN) für ein leistungsfähiges und attraktives Netz aus S-Bahn, U-Bahn, Tram und Bus ein. Ebenso wichtig sind: eine Gestaltung des Straßenraums, die für Fußgängerinnen und Radfahrer attraktiv ist, sowie eine auf den Umweltverbund zugeschnittene nachhaltige Stadtplanung.

Generelle Leitlinien, wie sie z. B. oft Wahlprogramme enthalten, sind in der Stadtentwicklung essenziell, um Verlässlichkeit und strukturiertes Vorgehen sicherzustellen. Doch was sich im Allgemeinen schön anhört, scheitert manchmal im konkreten Fall. Dieser kann dadurch aber einerseits zumindest als Erkenntnisquelle für zukünftiges Vorgehen dienen, andererseits ist auch die ungemein große Bedeutung, die Einzelprojekte für die Stadt entfalten können, nicht zu unterschätzen – angefangen von der lokalen Identität über Kultur bis hin zu wirtschaftlichen Aspekten. Deshalb haben wir im Rahmen dieser Ausgabe zur Kommunalwahl die Stadtratsfraktionen darum gebeten, uns exemplarisch ihre Perspektive auf die Geschehnisse rund um ein ikonisches Ensemble Münchens darzulegen – nämlich die Alte Akademie.

Spätestens seit der Vergabe der bau- wie stadtgeschichtlich bedeutungsvollen Immobilie im Erbbaurecht an die Signa Holding 2013 war deren weitere Entwicklung von Kontroversen, angeregten Diskussionen und Pannen geprägt. Von der maßgeblich vom Münchner Forum geprägten Diskussion um die Arkaden über den Baustopp 2023 infolge der Signa-Pleite bis hin zum Verkauf an die neuen Investoren in Form der HeinzHermannThieleFamilienstiftung und der Hammer AG, der das Projekt in den letzten Monaten wieder verstärkt in die Medien brachte, lief selten etwas völlig rund. Insbesondere die stillgelegte Baustelle inmitten der Münchner Fußgängerzone stand und steht als Fanal dafür, dass das Projekt nicht den gewünschten Verlauf genommen hat. Was also hätte anders gemacht werden können? Wo sind Fehler passiert? Was bedeutet dies für das zukünftige Vorgehen? Erreicht haben uns hierzu die Antworten der Linken, der Grünen, der FDP und der ÖDP, die wir nachfolgend gerne präsentieren möchten. 

Zum Weiterlesen:

Das Münchner Forum diskutierte die Entwicklungen um die Alte Akademie 2017 und 2019 jeweils ausführlich in separaten Standpunkte-Ausgaben:

[1] Flugschrift Alte Akademie, 03/2017: <https://muenchner-forum.de/standpunkte-03-2017-alte-akademie/> 

[2] Zweite Flugschrift Alte Akademie, 04/2019: <https://muenchner-forum.de/standpunkte-04-2019-alte-akademie-muenchen-2/> 

Alte Akademie Lessons learned? Eher nicht!

BRIGITTE WOLF FÜR DIE STADTRATSFRAKTION DER LINKEN

Das Trauerspiel rund um die Alte Akademie an prominenter Stelle im Münchner Altstadt-Ensemble geht in die nächste Runde. Nach der anscheinend betrügerischen Pleite des Signa-Konglomerats von René Benko hat jetzt der Insolvenzverwalter das Sagen. Von Kaufinteressenten ist die Rede – und von Forderungen, dass der Freistaat auf das bisherige Erbbaurecht verzichten möge und die Alte Akademie zur Steigerung des Vermögenswertes verkaufen solle.

Geht damit ein weiteres Herzstück der Münchner Altstadt in private Hände über? Hat die Staatsregierung überhaupt kein Gestaltungsinteresse in der bayerischen Landeshauptstadt? Wäre jetzt nicht die Gelegenheit, dieses zentral gelegene Grundstück mitsamt Gebäude zurück in öffentliches Eigentum zu überführen? Die Erbbaurechtsverträge sind zwar im Einzelnen nicht bekannt, aber bei Nichterfüllung ist doch in der Regel immer ein Heimfall möglich. Ob das Insolvenzverfahren dafür ein Hemmnis darstellt, kann ich leider nicht einschätzen. Politisch geboten wäre ein solches Vorgehen auf jeden Fall.

Nach aktuellem Stand ist der Freistaat leider bereit, das Grundstück an eine Familienstiftung zu veräußern – eine weitere Chance wurde verpasst.

Leider haben sich auch Planungsreferat und Stadtrat im bisherigen Verfahren nicht mit Ruhm bekleckert. Auf massiven Druck von Benko, Freistaat und Teilen der Stadtpolitik weichte der Stadtrat den Denkmalschutz der Alten Akademie auf. Insbesondere der Schutz der Arkaden, wichtige Bestandteile des Altstadt-Ensembles, wurde aufgegeben. Um die renditeträchtige Verkaufsfläche von Benko zu vergrößern, stimmte die städtische Politik einer

massiven Verkleinerung der Arkaden zu. Und das Innere des Gebäudes wurde gleich ganz dem Abriss preisgegeben. Auch hier hat die Stadtpolitik ihre Grundsätze beiseite geschoben und den Interessen privater Investoren nachgegeben. Aus der Öffentlichkeit, auch vom Münchner Forum, kam massive Kritik an den Plänen des Investors. Damals wurden diese nicht gehört, die Interessen des Investors haben diese kritischen Stimmen weggedrückt. Soll sich das denn wiederholen?

Immer öfter stellt sich heraus, dass weder das Planungsreferat noch die Stadtpolitik eigene Vorstellungen und Zielsetzungen für die Weiterentwicklung der Altstadt haben. Zwar gibt es Konzepte wie „Altstadt für Alle“ oder Konzepte zur Klimaanpassung. Aber städtische Überlegungen, wie „Wohin soll sich die Innenstadt entwickeln, wenn die großen Kaufhäuser endgültig aufgeben müssen? Welche kleinteiligen oder öffentlichen Nutzungen wollen wir anbieten, damit die Innenstadt ganztägig belebt wird? Welche Nutzungsmöglichkeiten schaffen wir ohne Konsumzwang?“ finden kaum statt. Stattdessen ist des Öfteren zu hören, der Leerstand in der Fußgängerzone sei kein Problem. Dort würden sich schon wieder gewerbliche Nutzungen ansiedeln.

Wir sind an einem Punkt, an dem eine Rückbesinnung erforderlich ist, dass die aktive und diskutierende Zivilgesellschaft Teil der kommunalen Selbstverwaltung ist und nicht etwa ein Hindernis im Verwaltungsvollzug. Die Pleite der Alten Akademie und die anderen ungeklärten Baustellen in der Altstadt sollten Anlass genug sein, einen breiten Diskussionsprozess zur künftigen Entwicklung der Altstadt anzustoßen. Wie können z. B. Fachgeschäfte

– jenseits der Ketten – gehalten oder neu angesiedelt werden, die wichtig für den Reiz der Innenstadt sind? Wäre eine Rückkehr wissenschaftlicher und universitärer Institutionen eine Möglichkeit der Belebung?

Ein Grund des Desinteresses an langfristiger städtischer Planung ist sicherlich, dass die Stadt München viel zu wenige eigene Grundstücke und Gebäude in der Altstadt hat. Umso wichtiger wäre es, solche Konzepte in Zusammenarbeit mit dem Freistaat zu erarbeiten, damit die öffentliche Hand, Freistaat und Stadt, hier an einem Strang ziehen. Der wichtigste Ansatz dabei ist sicherlich, nicht noch weitere Flächen, wie z. B. die Alte Akademie, aus der Hand zu geben. Alles, was in der Altstadt einmal privatisiert wurde, entzieht sich in der Regel dem Gestaltungswillen der Öffentlichkeit und der Politik. In einem fundierten Diskussionsprozess mit der Zivilgesellschaft kann ein Konzept zur zukunfts-fähigen Nutzung der Baulichkeiten entstehen. Es darf dabei nicht der Verdacht aufkommen, dass Luftschlösser geplant werden, die andere bezahlen sollen. Sondern dass das öffentliche Interesse auch durch öffentliches Eigentum gesichert wird. Private Investoren lassen sich in der Regel erst dann auf soziale oder kulturelle Nutzungen ein, wenn damit ein höheres Baurecht oder eine städtische Förderung verbunden ist. Und das widerspricht oft den Zielen und Bedürfnissen der Öffentlichkeit. 

Brigitte Wolf, seit 2002 ea. Stadträtin, Planungssprecherin der Fraktion Die Linke, Dipl.-Informatikerin, beruflich tätig in der Softwareentwicklung und Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums

Arbeitskreise im Januar/Februar/März

Sie haben Lust, etwas für München zu tun? Unsere Arbeitskreise stehen Ihnen offen!

Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail an info@muenchner-forum.de .

Alle Termine finden Sie auch hier: <https://muenchner-forum.de/veranstaltungen/> .

Arbeitskreis ‚Nachbarschaftsviertel‘

Leitung: Andreas Beaucamp, Bernhard Dufter
nächstes Treffen: Mi. 18. Februar, 19:00 Uhr

Projektgruppe ‚Klimawandel in der Stadt‘

Leitung: Reinhardt Kleinöder
nächstes Treffen: Di. 24. Februar, 18:00 Uhr

Arbeitskreis ‚Kulturbauten‘

Leitung: Dr. Annemarie Menke, Claudia Mann
nächstes Treffen: Mo. 09. März, 17:00 Uhr

Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘

Leitung: Berthold Maier, Matthias Hintzen
nächste Treffen: Do. 26. Februar, 18:30 Uhr,
Do. 26. März, 18:30 Uhr
per Videokonferenz

Die Alte Akademie

Vertane Chance für die Wissenschaft – Krimi um die Arkaden – am Ende Verkauf

PAUL BICKELBACHER FÜR DIE STADTRATSFRAKTION DER GRÜNEN

Die Alte Akademie kann eine bewegte Geschichte vorweisen. Das von den Jesuiten 1583 bis 1590 anstelle eines Jesuitengymnasiums erbaute Jesuitenkolleg, dem auch 34 Bürgerhäuser zum Opfer fielen, war ein wichtiges Symbol der Gegenreformation. Nach dem Verbot des Jesuitenordens kam das Gebäude in die öffentliche Hand und beherbergte u. a. die Vorgängerin der Bayerischen Staatsbibliothek, die ehemalige Hofbibliothek, die Ludwig-Maximilians-Universität sowie die Akademie der Wissenschaften und die Akademie der Bildenden Künste. Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. Die Akademie der Wissenschaften zog in den Nordflügel der Residenz um.

Beim Wiederaufbau rekonstruierte der Architekt Josef Wiedemann den Giebelbau in der Mitte weitgehend in der Originalform, ebenso blieben die Höfe erhalten. Andere Gebäudekomplexe wurden neu interpretiert. Die Gebäude wurden lange Zeit vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, der Landesbodenkreditanstalt und vom Kaufhaus Hettlage genutzt. Nachdem dieses 2012 auszog, bestand die Chance, die südlichen Gebäude neu zu nutzen. Die nördlichen Gebäude erwarb die katholische Kirche.

Für den südlichen zur Fußgängerzone hin orientierten Gebäudeteil gab es diverse Vorschläge einer Nutzung entsprechend dem ursprünglichen

Wissensstandort z. B. als Schaufenster der beiden Exzellenzuniversitäten. Nachdem die Innenstadt und insbesondere die Fußgängerzone Neuhauser Straße und Kaufingerstraße stark monofunktional auf das Thema Einkaufen ausgerichtet sind und der Wegzug der Süddeutschen Zeitung zu verschmerzen war, wäre das ein gewichtiger Schritt zur Multifunktionalität gewesen, die heute unumstritten für Innenstädte gefordert wird. Ein großer Glücksfall in diesem Sinne ist hier der Einzug der Max-Planck-Gesellschaft in das Projekt Herzog-Max (ehemaliger Karstadt-Sport), die auch einen Blick von der Straße aus in ihre Bibliothek gewährt.

Bei der Alten Akademie ist das Kind dagegen in den Brunnen gefallen, als der damalige Finanzminister Söder 2012 eine Ausschreibung der Alten Akademie veranlasste, wenn auch für 65 Jahre im Erbbaurecht. Eine Nutzung für die Wissenschaft und Ähnliches war damit passé. Den Zuschlag erhielt 2013 die Signa-Holding von René Benko, die damals binnen kurzer Zeit mehrere Immobilien in der München Innenstadt erwarb, so den Kaut-Bullinger, den Karstadt-Oberpollinger und den Karstadt in der Schützenstraße inklusive des ehemaligen Hertie am Bahnhofplatz.

Bereits 2005 beschloss der Stadtrat die Aufstellung des Bebauungsplans 1975 mit dem Ziel der Wahrung der historischen Situation und einer sensiblen Entwicklung mit neuer Nutzung zum Attraktivitätserhalt der Fußgängerzone. Dementsprechend wurde der Signa die Durchführung eines Realisierungswettbewerbs auferlegt, der Ende 2015 ausgelobt wurde. Darin waren eine Mischung aus Einzelhandel, Gastronomie, Büros und Wohnungen gefordert. Ich durfte Teil des Preisgerichts sein.

Das Baseler Büro Morger Partner, das im Rahmen der Vorgaben sehr sensibel mit dem Gebäude umging (so urteilte Helmut Steyrer vom Münchner Forum in den Standpunkten 2017), konnte den Wettbewerb für sich entscheiden. Die Ergebnisse wurden im Mai 2016 der Öffentlichkeit und in einem eigenen Termin dem Münchner Forum vorgestellt. Auf der Habenseite waren 20 % (wenn auch sicher hochpreisige) Wohnnutzung, die der Fußgängerzone gut tut, und die öffentliche Zugänglichkeit des Schmuckhofs, natürlich mit den üblichen Ein-



Akradenspariergang des Münchner Forums 2018

schränkungen solcher Flächen in privater Hand. Im prägnant in die Fußgängerzone hineinragenden Mittelbau wurden die Arkaden gemäß dem historischen Vorbild wieder geschlossen, aber dafür eine gastronomische (Stichwort Espresso-Bar) oder kulturelle Erdgeschoss-Nutzung mit Eingängen möglichst auf der Ost- und Westseite gefordert.

Zum großen Diskussionspunkt entwickelte sich der Umgang mit den weiteren Arkaden im ehemaligen Hettlage-Gebäude westlich des Mittelbaus. Hier gab es im Bestand großzügige Arkaden mit einer Breite von ca. acht Metern einschließlich der Stützen zur Neuhauser Straße hin, zur Kapellenstraße hin sind es knapp 3,50 Meter einschließlich der Stützen. Der Wettbewerbssieger beließ sie zur Kapellenstraße hin und verringerte sie auf der Seite der Neuhauser Straße um gut zwei Meter. Im Zuge der Überarbeitung verschwanden dann die Arkaden in der Kapellenstraße und die zur Neuhauser Straße hin wurden weiter verschmälert. Insgesamt sollten sich die Arkadenflächen vom Bestand mit 620 Quadratmeter zu 320 Quadratmeter des Wettbewerbsergebnisses auf 170 Quadratmeter reduzieren.

Die Mehrung der Verkaufsfläche dadurch wurde vom Investor kaum thematisiert. Weit mehr wurde ins Feld geführt, dass die Arkaden mit dem Wegfall des Auto- und Tramverkehrs nicht mehr erforderlich wären und dass sie von den Zufußgehenden kaum genutzt würden – und dann nehmen die Zufußgehenden die Schaufenster nicht wahr. Die Befürworter der Arkaden, zu denen ich mich auch zähle, führten an, dass gerade bei Regen und sengender Sonne die Arkaden sehr nützlich seien, und dass sie den Straßenmusikern eine Auftrittsmöglichkeit bei



Visualisierung des Münchner Forums zur geplanten Verkleinerung der Arkaden 2018

Regen bieten. Das Münchner Forum war insbesondere in Person von Klaus Bäumler aktiv und organisierte u. a. 2016 eine öffentliche Vermessung und 2018 einen Arkadenspaziergang, an dem ich teilnehmen konnte. Im Stadtrat verlief die Konfliktlinie bei der Billigung in etwa zwischen Grünen, Linken, ÖDP, FDP und Stadtbaurätin auf der einen Seite pro große Arkade und CSU und SPD auf der anderen pro kleine Arkade.

Im September 2019 befasste sich die Stadtgestaltungskommission mit dem Thema und empfahl

- die Schließung der Arkade in der Kapellenstraße zu überdenken und damit offenzuhalten
- die Offenhaltung der Arkade im Mittelbau und
- bei der Arkade des Hettlagebaus das Wettbewerbsergebnis zu respektieren.

Letztlich wird der Bebauungsplan im Februar 2020 mit den Arkaden in der Kapellenstraße und sechs Meter breiten Arkaden in der Neuhauser Straße

gegen Grüne, Linke und ÖDP gesetzt. Die Grünen-Rosa Liste brachten einen Änderungsantrag im Sinne der Stadtgestaltungskommission ein, fanden dafür aber keine Mehrheit.

Ende 2020 begannen die Bauarbeiten, die dann aufgrund finanzieller Probleme im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Benko-Blase Ende 2023 eingestellt wurden. Zwei Jahre finden die Münchnerinnen und Münchner in ihrer guten Stube mit ca. 100.000 Passanten täglich, damit Deutschlands am meisten frequentierte Fußgängerzone, eine Bauruine vor. Der Stadtrat konnte in dieser Zeit lediglich für die Sicherung der Baustelle und optische Verbesserungen sorgen, weil bei einem insolventen Investor auch ein Baugebot nicht weiterhilft.

Dem Vernehmen nach hat sich niemand gefunden, der in den Erbbaurechtsvertrag einstei-



Arkadenkonzert des Münchner Forums 2018

gen wollte. Nun hat die Söder-Regierung einem Verkauf an die Thiele-Stiftung, die mit der Hammer AG des CSU-Stadtrates Hans Hammer zusammenarbeitet, zugestimmt. Damit geht der Zugriff der Öffentlichen Hand auf die Fläche endgültig verloren. Unter diesen Bedingungen hätte wohl auch der ebenfalls als seriös einzuschätzende Münchner Investor Erich Schwaiger Interesse gehabt. Er leitet jetzt wohl aber doch keine rechtlichen Schritte ein. Wenigstens ist mit der Thiele-Stiftung ein Münchner Unternehmen am Ball, mit dem die Stadt besser verhandeln kann als mit einer internationalen Kapitalgesellschaft, die auf kurzfristige Rendite fixiert ist.

Fazit: Mit der Erbpachtvergabe wurde eine Chance für die Wissenschaft vertan. Lange wurde um das kleine aber feine Detail der Arkaden gestritten. Nach langem Stillstand muss man nun froh sein, dass es weitergeht, wenn auch auf Seiten der Verkäufer und der Käufer manchem zu viel CSU im Spiel ist. 🎯

Paul Bickelbacher, Stadtrat LH München, Stadt- und Verkehrsplaner und Mitglied im Programmausschuss des Münchner Forums.

Die Alte Akademie

Symbol für Münchens Bau-Blockaden – aber auch für neue Chancen

JÖRG HOFFMANN FÜR DIE STADTRATSFRAKTION DER FDP

Jahrzehntelang war die Alte Akademie ein Sorgenkind. Der Wandel vom Kulturdenkmal zum Sinnbild für Stillstand muss enden. Ein Plädoyer für pragmatische Lösungen, verlässliche Partner und gegen neue bürokratische Hürden.

Die Alte Akademie im Herzen unserer Stadt hat in den letzten Jahren einen unrühmlichen Wandel erlebt: von einem bedeutenden Kulturdenkmal und einstigen Jesuitenkolleg hin zu einem Symbol für Stillstand, Intransparenz und das Scheitern großer Versprechungen. Dass nun erneut Bewegung in die Sache kommt, Kaufinteressenten genannt werden und der Freistaat den Verkaufsprozess vorantreibt, wirkt erstmal wie eine gute Nachricht. Doch die Erleichterung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir vor einem Scherbenhaufen stehen, der erst mühsam wieder zusammengekehrt werden muss.

Die Debatte, die das Münchner Forum mit dieser Ausgabe anstößt, ist daher so notwendig wie überfällig: Was haben wir aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt? Und vor allem: Wie verhindern wir, dass wir in fünf Jahren wieder vor denselben verhängten Fassaden stehen?

Die Geschichte der Alten Akademie unter der Federführung der Signa-Gruppe ist ein Lehrstück darüber, was passiert, wenn politische Entscheidungsträger sich von Hochglanzbroschüren blenden lassen, statt auf solide Substanz zu setzen.

Die erste und wichtigste Lehre aus den Jahren des Stillstands muss sein: Die Stadtentwicklung darf nicht zum Spielball von Spekulationen werden. Es war ein Fehler, bei der Vergabe des Erbbaurechts einseitig auf den nominell höchsten Preis zu schie-

len, ohne die langfristige Verlässlichkeit des Partners ausreichend zu prüfen.

Wir Liberalen plädieren stets für marktwirtschaftliche Lösungen, aber Markt bedeutet auch Haftung und Verantwortung. Ein Investor, der ein solches Juwel der Münchner Innenstadt übernimmt, geht eine Verpflichtung gegenüber der Stadtgesellschaft ein. Die Stadtpolitik – und hier müssen sich sowohl der Freistaat als Eigentümer als auch die Rathauskoalition an die eigene Nase fassen – hat zu lange zugehört, wie Fristen verstreichen und Bautätigkeiten ruhen. Für die Zukunft gilt: Wir brauchen klare Verträge mit harten Rückfallklauseln bei Nichterfüllung. Verbindlichkeit ist keine Gängelung, sondern die Basis für Vertrauen zwischen Investor, Freistaat und Stadt.

Eine der drängendsten Fragen, die uns nun erreichen, ist die nach dem baurechtlichen Rahmen: Brauchen wir ein neues Bebauungsplanverfahren? Unsere Antwort ist ein klares Nein. Wer jetzt nach einem komplett neuen Verfahren ruft, nimmt billigend in Kauf, dass die Alte Akademie für weitere Jahre eine Bauruine bleibt. Ein neues B-Plan-Verfahren würde den Prozess um Jahre zurückwerfen, neue Unsicherheiten schaffen und potenzielle, seriöse Investoren abschrecken.

München braucht keinen bürokratischen Perfektionismus, der am Ende Leerstand produziert,

sondern pragmatische Lösungen im Bestand. Der bestehende Bebauungsplan bietet bereits einen Rahmen. Sollten sich die Nutzungskonzepte der neuen Eigentümer ändern – etwa hin zu mehr Büronutzung statt riesiger Einzelhandelsflächen, was angesichts der Krise der Warenhäuser nur logisch wäre –, dann muss die Stadtverwaltung flexibel genug sein, dies innerhalb des geltenden Rechts durch Befreiungen oder Anpassungen zu ermöglichen.

Das Planungsreferat muss ermöglichen, statt zu bremsen. Wenn Investoren bereit sind, das enorme finanzielle Risiko der Sanierung dieses historischen Gebäudes zu tragen, dann ist es Aufgabe der Politik, ihnen zügig Rechtssicherheit zu geben. Die Forderung nach einem neuen Verfahren ist oft nur ein politisches Manöver, um unliebsame Projekte zu verzögern. Das können wir uns bei einem Gebäude, das seit Jahren das Stadtbild in der Fußgängerzone beeinträchtigt, nicht mehr leisten.

Ein weiterer Punkt, der in der Vergangenheit für viel Frust gesorgt hat, ist die mangelnde Transparenz. Die Münchnerinnen und Münchner haben ein Recht darauf zu erfahren, was mit ihrem städtebaulichen Erbe geschieht. Die „Hinterzimmer-Politik“, bei der Entscheidungen zwischen Staatskanzlei, Finanzministerium (damals unter Leitung von Markus Söder) und Investoren ausgekungelt wurden, hat das Vertrauen beschädigt.

Wir fordern daher für die Zukunft einen offenen Dialog. Wenn der Freistaat verkauft, muss klar sein, welche Kriterien neben dem Kaufpreis den Ausschlag geben. Ist es die Bonität? Das Nutzungskonzept? Der Erhalt der historischen Bausubstanz? Transparenz hilft allen Beteiligten: Sie schützt die Verwaltung vor dem Vorwurf der Klüngelei und gibt den Investoren die Sicherheit, dass ihre Pläne nicht plötzlich durch einen Stimmungsumschwung im Stadtrat torpediert werden.

Investorenfreundlichkeit und Gemeinwohl schließen sich nicht aus – im Gegenteil. Nur ein Investor, der klar weiß, was gewollt ist und was nicht, kann kalkulieren und liefern. Das ständige politische Hin und Her, oft motiviert durch parteitaktische Scharmützel zwischen Grün-Rot im Rathaus und der CSU im Landtag, ist Gift für jede Großprojektentwicklung. Wir müssen dahin kommen, dass Stadt und Land bei solch zentralen Projekten an einem Strang ziehen, statt die Alte Akademie als Bühne für Stellvertreterkriege zu missbrauchen – dies ist übrigens seit langem auch unser Petition beim Bau eines gemeinsamen Konzertsäls für die Stadt München.

Was bedeutet das konkret für die Zukunft? Wir müssen uns von der Vorstellung lösen, dass die Stadt alles selbst und besser machen kann. Die Rufe nach einem Rückkauf durch die öffentliche Hand,

die manch politische Mitbewerber gerne laut werden lassen, gehen an der Realität der leeren Stadtkassen vorbei. Wir müssen sparen – und das heißt, wir müssen privates Kapital mobilisieren, um öffentliche Aufgaben zu erfüllen.

Die Sanierung der Alten Akademie durch private Hand ist der einzige Weg, dieses Denkmal zeitnah wieder mit Leben zu füllen. Eine lebendige Innenstadt lebt von einem Mix aus Nutzungsmöglichkeiten. Wenn sich die Marktbedingungen ändern und kleinteiligere Büros oder andere gewerbliche Nutzungen heute eher finanzierbar sind als große Kaufhäuser, dann sollten wir das begrüßen. Es bringt Frequenz, es bringt so dringend benötigte Arbeitsplätze und es saniert ein Denkmal, das sonst weiter verfallen würde.

Unsere Vision ist eine liberale, moderne Stadtentwicklungspolitik, die bürgerliches Engagement, unternehmerische Investitionen und den Erhalt unserer Baukultur zusammenführt. Wir wollen weg von der bloßen Verwaltung des Mangels hin zu einer Gestaltung der Möglichkeiten.

Wir erwarten zugunsten aller Beteiligten klare Einschnitte und appellieren eindringlich an alle Fraktionen, dieses zentrale Thema im beginnenden Kommunalwahlkampf nicht parteitaktisch zu zerreden. Die Münchnerinnen und Münchner haben kein Verständnis mehr für Kompetenzgerangel. Sie wollen sehen, dass die Gerüste abgebaut werden und die Alte Akademie wieder in altem Glanz – und mit neuer Funktion – erstrahlt.

Mehr Tempo bei Genehmigungen, Verlässlichkeit bei Absprachen und eine Kultur des „Ermöglichens“. Wir bleiben konstruktiv, wachsam und offen für kluge Lösungen. Die Geschichte der Alten Akademie mahnt zu mehr Mut und Verantwortungsbewusstsein. Nutzen wir die Chance des Neuanfangs bei den anstehenden Kommunalwahlen, um München an dieser Stelle endlich die Wunde im Stadtbild zu schließen. 

Prof. Dr. Jörg Hoffmann wurde 1971 in München geboren, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Seit 2005 ist er Professor für Unternehmenssteuern und Wirtschaftsprüfung an der Hochschule Augsburg. Zudem ist er Fraktionsvorsitzender der FDP BAY-ERNPARTEI Stadtratsfraktion im Münchner Rathaus und Oberbürgermeisterkandidat zur Kommunalwahl 2026 der FDP München.



Prof. Dr. Jörg Hoffmann

Alte Akademie:

Ein Mahnmal für fehlgeleitete Stadtplanung

JOHANN SAUERER STADTRATSFRAKTION DER ÖDP

Wechselhafte Geschichte

Die Alte Akademie hat eine faszinierende und wechselhafte Geschichte. Ursprünglich wurde sie als Jesuitengymnasium gegründet. Danach wurde sie zum Sitz der Bayerischen Staatsbibliothek sowie später der Bayerische Akademie der Wissenschaften und der Ludwig-Maximilians-Universität. In diesen Mauern wirkten die klügsten Köpfe der Stadt, ja der Welt. Umso trauriger ist es, dass von den politischen Köpfen nun eine derart dumme Entscheidung getroffen wurde, das Gebäude und seine Geschichte zu verscherbeln. Dass der Freistaat die Alte Akademie nicht nur aus der Hand gegeben hat, mit einem Investor auf die Nase gefallen ist und jetzt auch noch das Erbbaurecht aufgegeben hat, ist ein politischer Fehler von historischem Gewicht.

Verkauf als großer Fehler

Die Alte Akademie ist für mich ein Mahnmal für die fehlgeleitete Stadtplanung des Freistaats und der Landeshauptstadt München. Als höchstes Ziel steht für die Verantwortlichen hier offensichtlich nicht das Gemeinwohl und eine lebendige Innenstadt. Grundsätzlich sehen wir es kritisch, wenn öffentliche Gebäude dauerhaft aus der Hand gegeben werden. Dass aber an so zentraler Stelle mit der Geschichte Münchens so unsensibel, intransparent und investorenfreundlich umgegangen wird, schockiert mich.

Übersteigertes Vertrauen in Großinvestoren

Der Verlauf der letzten Jahre zeigt, wohin ein übersteigertes Vertrauen in Großinvestoren führt. Die Signa-Insolvenz hat das Gebäude zum jahrelangen Schandfleck in der Fußgängerzone gemacht. Statt diese Erfahrung als Warnung zu begreifen, hat der Freistaat die nächste fatale Fehlentscheidung getroffen: Statt die Alte Akademie dauerhaft per Erbpacht in öffentlicher Hand zu halten, wurde das Grundstück vollständig verkauft. Damit verzichtet der Staat dauerhaft auf Einflussmöglichkeiten, etwa bei der Nutzung, der Miethöhe oder der Ausgestaltung des öffentlichen Raums. Für ein Gebäude dieser Bedeutung und Lage ist das unentschuldbar.

Spezialwirtschaft par excellence

Besonders brisant ist, dass der sogenannte Projektentwickler CSU-Stadtrat und Schatzmeister der CSU München ist. Wenn ein aktiver Spitzenfunktionär

der Regierungspartei ein staatliches Prestigeobjekt übernimmt, dann hätte das Verfahren nicht nur formal korrekt sein müssen, was möglicherweise nicht der Fall ist (Klagen gegen das Verfahren wurden zumindest angekündigt). Es hätte auch öffentlich bekannt gemacht werden müssen, dass die Erbpacht aufgegeben werden soll, bevor offenkundig wurde, dass ein CSUler als Nutznießer bekannt wird. In einer solchen Konstellation entsteht zwangsläufig der Eindruck eines „CSU-Rabatt“-Deals. Aber niemand muss hier bewusste Bevorzugung unterstellen, um das Problem zu erkennen: Der Freistaat hat eine Lage geschaffen, die Spekulationsverdacht und einen Eindruck der Spezialwirtschaft fast automatisch entstehen lässt. Bei einem derart geschichtsträchtigen Gebäude hätte Transparenz oberste Priorität haben müssen. Stattdessen wurde Vertrauen verspielt.

Mehr Büroräume, kein Spielplatz

Auch inhaltlich zeichnet sich ab, wohin die Reise geht. Der neue Investor hat bereits angekündigt, mehr Büroflächen schaffen zu wollen. Der Kinderspielplatz, der bei 53 Wohneinheiten vorgeschrieben wäre, wurde durch eine Geldzahlung abgelöst. Wo ist nach Büroschluss das Leben? Für uns ist die Gebäudenutzung genau die Fehlentwicklung, vor der wir seit Jahren warnen. Die Innenstadt wird immer mehr zum Investment-Spielplatz für internationale Firmen und Investoren, während kulturelle, öffentliche und soziale Nutzungen immer mehr zurückdrängt werden. Münchens zentrale Lagen werden so weiter entmischt. Das widerspricht dem Ziel einer lebendigen, vielfältigen Innenstadt.

Was wird aus den städtebaulichen Verträgen?

Unsicher bleibt auch die Frage, ob alte städtebauliche Verträge weitergelten. Ob der Innenhof künftig öffentlich zugänglich sein wird, ist völlig offen. Gerade dieser Innenhof war aber das Trostpflaster, das der Öffentlichkeit nach dem teilweisen Verlust der Arkaden versprochen wurde. Aus Sicht der ÖDP darf es keinerlei weitere Verengungen, Überbauungen oder funktionale Entwertungen des öffentlichen Raums geben.

Oder kommt doch noch alles ganz anders?

Zusätzliche Brisanz erhält der Fall durch die mögliche Klage eines nicht berücksichtigten Interessen-

ten, der ein höheres Kaufangebot abgegeben haben soll. Sollte es zu einem Gerichtsverfahren kommen, wird der Verkaufsprozess erneut auf die Probe gestellt. Das kann Verzögerungen bringen, aber auch Chancen. Die ÖDP fordert, dass im Zuge eines solchen Verfahrens alle Verträge und Vergabeschritte vollständig offengelegt werden. Ein gerichtliches Nachjustieren könnte jene Transparenz erzwingen, die politisch nicht gewährleistet wurde.

Die wahrscheinlichste Zukunft der Alten Akademie ist derzeit ernüchternd: ein renditeorientiertes Projekt, bei dem historische Hülle und hoher Marktwert im Vordergrund stehen, während öffentliche Nutzung und sozialer Ausgleich auf der Strecke bleiben. Die ÖDP hält das für eine vertane Chance und für ein Musterbeispiel jener Fehlentwicklungen, die München in den vergangenen Jahren geprägt haben: zu viel Privatisierung, zu wenig Gemeinwohl, zu wenig Lebensqualität und Charme.

Welche Lehren ziehen wir?

Mit der ÖDP fordere ich, dass die Alte Akademie ein Ort bleibt, der für München offen ist: mit einem öffentlichen Innenhof, klar geschützten Arkaden, einer

Nutzungsmischung, die auch Kultur und soziale Begegnungsräume ermöglicht, und einer Architektur, die ihre Geschichte nicht dekorativ ausstellt, sondern erlebbar macht. Der Fall der Alten Akademie zeigt, wie dringend München eine neue Bodenpolitik braucht: weniger Ausverkauf, mehr Rücksicht auf historische Identität, mehr Mut, Investoren die Stirn zu bieten. Gerade in angespannten Haushaltslagen müssen wir aufpassen und dafür kämpfen, dass die Stadt nicht an den Meistbietenden verscherbelt wird. Denn München kann es sich nicht leisten, historische Orte zu Renditeobjekten zu schrumpfen. Wie schön wäre es, wenn sich doch noch der Geist der klugen Köpfe der Alten Akademie bei den Verantwortlichen bemerkbar machen würde? 

Johann Sauerer ist Stadtratskandidat für die ÖDP München. Er ist Maschinenbauer und selbständiger Unternehmer. Seine Familie lebt seit ca. 1850 in München; das Familienunternehmen ist seit 1948 in Aubing ansässig. Johann Sauerer setzt sich für ein München ein, das funktioniert: mit kurzen Wegen, grünen Oasen und Sinn für Qualität statt Quantität.

München wählt!

Demokratie in der Stadt ... neu denken

MAX MATHEISEN

Demokratie ist anstrengend – denn sie bedeutet das Aushandeln mehrheitsfähiger Entscheidungen. In Metropolen wie München werden stadtplanerische Beschlüsse schnell zu Symbolfragen: Zwei Hochhäuser am Paketpostareal entzünden Proteste, 48.500 unterschreiben für das Bürgerbegehren „Hochhausstop“. Ende November 2025 steht „mehrheitliche Erteilung des Baurechts für die Hochhäuser durch den Stadtrat“ gegen „juristische Prüfung

der Zulassung des Bürgerbegehrens durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof“. Im positiven Fall gäbe es einen Bürgerentscheid „Hochhausstop“ [SZ].

Stadtrat und Bezirksausschüsse sind die kleinsten demokratischen Einheiten, diese stellvertretenden Gremien beruhen auf dem Vertrauen, Entscheidungen für die Stadtgesellschaft zu treffen – erleben aber in der Wirkung manchmal Vertrauensverlust. Oft als direkter wahrgenommene Bürgerbegehren und Bürgerentscheide setzen auf die Aktivität zumindest anfangs nicht mehrheitlicher Gruppen und erleben Zuspruch – verzögern aber bisweilen auch Vorgänge durch rechtliche Verfahren. Vor den Kommunalwahlen 2026 stellt sich die Frage:

Wie lassen sich Polarisierung reduzieren und mehrheitliche Akzeptanz erreichen, ohne die repräsentative Demokratie zu schwächen?

In München existiert das Angebot einer breiten auf Fakten basierenden Debatte über Hochhäuser, die das Für und Wider differenziert abwägt. Das Münchner Forum hat dazu ein kompaktes Leporello [MF] veröffentlicht, das Mythen systematisch mit Fakten aufarbeitet und als Grundlage für sachlichere Diskussionen dienen kann.



Dazu drei Aspekte:

Bürgerbegehren machen das Potenzial des Protestes sichtbar

Respekt vor der Arbeit der Initiative „Hochhaus-STOP“ [HS]. Im Protest wird ein enormes Potenzial deutlich: Recherche, Fachwissen, Mobilisierung, Hartnäckigkeit. Dieser Protest ist ein Anfang der Debatte in der Stadtgesellschaft und hat bereits gute konstruktive Lösungsvorschläge hervorgebracht: das grüne Quartier im Höhenband.

Wie gelingt es, diesen konstruktiven Protest in produktiven Nutzen zu verwandeln?

Protest wirkt in der Wahrnehmung oft negativ als Blockade – wie lässt sich daraus ein positiver Nutzen begreifen? Ziel ist es nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern diese so zu gestalten, dass sie nutzbar, qualitativ und wertstiftend werden und zu mehrheitlich tragfähigen Entscheidungen führen.

Aus Dagegen wird Mitgestalten:

Diese Fragestellung adressiert das Systemische Konsensieren von Erich Visotschnig und Siegfried Schrotta. Das Fragen nach dem Grund für das Nein macht den Widerstand sichtbar und diskutierbar.

„Welcher Vorschlag findet den geringsten Widerstand und somit die größte Akzeptanz?“ [SK] Oder anders gesagt: Unter welchen Bedingungen ist ein Vorschlag zustimmungsfähig? Das Ergebnis ist eine Lösung, die nicht von allen geliebt werden muss, aber für möglichst viele zumutbar ist – und bei einigen vielleicht sogar Begeisterung auslöst.

Bürgerentscheide liefern nur eine binäre Antwort

Entweder Ja oder Nein. Stadtentwicklung ist selten binär. Entscheidungen über urbane Dichte, städtisches Grün, Mobilität, soziale Strukturen und Gemeinwohl brauchen mehr Feinheiten, als ein Stimmzettel abbilden kann. Beim Paketpostare-

al stehen mehrere Stadtbilder zur Wahl: die zwei symbolischen Landmarken-Hochhäuser des Investors, die abgesenkte Kompromisshöhe, das grüne Quartier im Höhenband, ein kultur- und denkmalzentrierter Ansatz auf die Paketposthalle oder der faktische Stillstand.

Wie gelingt es, eine gute und durch Fakten begründete Entscheidung zu treffen?

Die Debatte handelt von Formen, weniger von Funktion und Wirkung.

Aus Zielen werden Lösungen:

Annahme, die Stadt ist das Produkt und die Stadtgesellschaft sind die

Kundinnen und Kunden. Diesen Gedanken anwendend, liefert das „Münchner Produktkonkretisierungsmodell“ von Josef Ponn und Udo Lindemann [PL] interessante Ansätze. Zuerst werden die Anforderungen aller Beteiligten systematisch erhoben und priorisiert. Auf dieser Grundlage werden Funktionen und Geometrien gedacht:

- Was muss das Quartier leisten?
- Wie soll das Quartier räumlich aussehen?

Das Zusammenspiel von Funktionen und Geometrien liefert Möglichkeiten für Lösungsvorschläge. Vor der Umsetzung werden konkurrierende Lösungsvorschläge im Modell auf ihre Wirksamkeit gegenüber den Anforderungen bewertet. Die Bewertung der Lösungsvorschläge liefert die Begründung für die politische Entscheidung für einen der Lösungsvorschläge zur Umsetzung. Nach der Umsetzung wird die Wirksamkeit des Modells mit der Wirklichkeit verglichen.

Der Artikel hat den Stand vom Dezember 2025 vor dem Hintergrund der damaligen Situation. Am 19.01.2026 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) entschieden [SG]: Ein Bürgerbegehren gegen die Turmhochhäuser wurde abgewiesen.

Was bedeutet das für Beteiligungsprozesse und Mitbestimmung? Weiter klagen oder gemeinsam gestalten? Dennoch, die erste Lösung des Investors und der Illustratoren muss nicht die beste sein. Und hier liegt die Herausforderung in der Planungshoheit, Kompetenz in Architektur und Entwicklung umzusetzen: In Europa sind wir weitgehend freiheitlich demokratisch und marktwirtschaftlich geprägt. Trotzdem gibt es Potenzial, für die beste Lösung zu kämpfen - indem Anforderungen und Wünsche der Stadtgesellschaft bestmöglich berücksichtigt werden. Dann steigt die Akzeptanz, und die Demokratie gewinnt. Liegt nicht hier das wahre Handlungsfeld statt im Rechtsweg?

Bürgerräte ergänzen Meinungsbildung für Entscheidungen

Neue Erkenntnisse der Wissenschaft sprechen Bürgerräten eine ergänzende Bedeutung zur stellvertretenden Demokratie zu, wenn die Voraussetzungen passen.

Wie gelingt es, ein Stimmungsbild für mehrheitliche Akzeptanz zu gewinnen?

Das Spannungsfeld liegt meist zwischen gewählten Stellvertretern aller und aktiv Betroffenen einer kleinen Gruppe, die eine Sache vehement vertreten. Als weiteres Element können Bürgerräte unterschiedliche Lebenswirklichkeiten widerspiegeln als auch diese in eine Verhältnismäßigkeit einordnen.

Aus Beteiligung werden Empfehlungen:

- Dem Politik- und Verwaltungswissenschaftler Daniel Oppold folgend [BPB], lassen
- sich vorläufige Ergebnisse aus Wissenschaft und Erfahrung ableiten. Bürgerräte sind dann sinnvoll,
- wenn sie einen zufälligen Querschnitt der Stadtgesellschaft darstellen,
- wenn sie aus Individuen bestehen, die am Gemeinwohl orientiert sind und nicht persönlichen Interessen folgen,
- wenn sie in einen faktenbasierten, strukturierten und moderierten Dialog mit Experten treten,
- wenn sie freiheitlich demokratischen Prinzipien entsprechen und
- wenn sie im Ergebnis qualitätsvolle Empfehlungen für politische Entscheidungen liefern.

Zudem müssen Bürgerräte in den Ablauf der politischen Entscheidung eingebunden sein, was Beauftragung, Durchführung und Umsetzung der Ergebnisse betrifft.

Fazit – Was Modernisierung der Demokratie sein kann

Modernisierung bedeutet nicht die Abschaffung der repräsentativen Demokratie, sondern eine Ergänzung durch beteiligende, begründete und beratende Formate.

Die Auswahl der Prinzipien und Methoden in Kürze

- Fakten für die Stadtgesellschaft verständlich darstellen
- Anforderungen erheben und konsolidieren durch Bürger- und Expertenräte
- Lösungen entwickeln mit geringstmöglichem Widerstand mittels Systemischem Konsensieren
- Wirksamkeit vor der Umsetzung im Modell simulieren und Lösungen feinjustieren
- politische Entscheidungen begründet treffen
- Wirksamkeit nach Umsetzung prüfen in 1, 3 und 10 Jahren

Appell

Demokratie bleibt die spannendste Herrschaftsform – weil sie Aushandlung verlangt. Am Paketpostareal haben wir genug Entwürfe und Darstellungen des Erscheinungsbildes der Stadt aus Sicht der Illustratoren gesehen. Jetzt brauchen wir eine Herangehensweise, die Fakten, Anforderungen und Ziele, Lösungsmöglichkeiten und Wirksamkeit verbindet. Damit lassen sich begründete politische Entscheidungen treffen, die Vertrauen in Demokratie stärken – stellvertretend oder direkt, das ist dann zweitrangig. Denn Demokratie begeistert, wenn sie Mitmachen möglich macht und Protest in echte Mitgestaltung umwandelt.

Nehmen Sie teil an der Kommunalwahl 2026.

Das Münchner Forum lädt Sie ein, in unseren Arbeitskreisen und Projektgruppen mitzudiskutieren, Impulse zu geben oder aktiv zu werden – für qualitätsvolle, demokratische Beteiligung im vorpolitischen Raum. 

Max Matheisen ist Mitglied im Münchner Forum und aktiv in Arbeitskreis ‚Attraktiver Nahverkehr‘, Projektgruppe ‚Quartiersbahnhof Kolumbusplatz‘ und Programmausschuss. Beruflich ist der Dipl.-Ing. (FH) Produktentwicklung im Anforderungsmanagement tätig

Zum Weiterlesen:

[SZ] <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/muenchen/paketposthalle-muenchen-3d-flug-hochhaus-e985261/?reduced=true> 

[HS] <https://hochhausstop.de/> 

[SK] <https://sk-prinzip.eu/methode/leichtgemacht/> 

[PL] Josef Ponn, Udo Lindemann
Konzeptentwicklung und Gestaltung technischer Produkte
Systematisch von Anforderungen zu Konzepten und Gestaltlösungen
Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2011
ISBN 978-3-642-20579-8

[BPB] <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-jenseits-von-wahlen-2024/552910/buerger-raete-in-theorie-und-praxis/> 

[MF] Fakten-Check Hochhäuser Münchner Forum Leporello: <https://muenchner-forum.de/faktencheck-hochhaeuser/> 

[SG] <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-hochhaeuser-paketposthalle-bayerischer-verwaltungsgerichtshof-li.3371600> 

Platz für Begegnung

Am Schlotthauerplatz in der Au zeigt sich, wie Beteiligung gelingen kann

MAREN SCHÜPPHAUS

Noch ist wenig zu sehen. Der Schlotthauerplatz in der Au ist als Platz kaum erkennbar. Menschen hasten hinüber Richtung U-Bahn Kolumbusplatz. Autos und Fahrräder belegen nicht nur die Parkflächen: Wer mit dem Kinderwagen unterwegs ist, schlängelt sich durch, wenn der Fußweg mal wieder blockiert ist. In der kalten Jahreszeit, wenn auch kein Schanigarten auf den Platz einlädt, ist hier wenig los.



Bild 1: Zustand Schlotthauerplatz

Im Jahr 2023 machte die auf den Platz zulaufende Kolumbusstraße bundesweit Schlagzeilen: Sie war Teil eines Verkehrsversuchs, bei dem 150 Meter Straße umgestaltet wurden. Auch der Schlotthauerplatz war umgebaut – als Testballon für Pläne des Bezirksausschusses, hier einen Mikroplatz einzurichten: Mit einfachsten Mitteln entfielen für ein paar Monate die Parkplätze auf dem Kernplatz – auf einmal war Platz zum Spielen und Ratschen und Garteln durch die aufgestellten Holzmöbel und Hochbeete.

Die Kolumbusstraße wurde aber dann zum Symbol eines Streites über „Parkplätze“ versus „Mehr Grün- und Aufenthaltsflächen“ in der Stadt. Die Auseinandersetzung eskalierte in einem Maße, das die Anwohnenden vor allem erschreckte. Einige Anwohnende steuerten gegen, bildeten eine Miteindergruppe aus Gegnern und Befürwortern des Projektes und luden zu Gesprächen ein – und stellten fest, dass es sich lohnt, miteinander zu reden. Schließlich

endete der Verkehrsversuch vorzeitig durch einen Vergleich vor Gericht. Der Platz musste wieder zurückgebaut werden.

Beteiligung „von unten“

Doch was wollten die Anwohnenden eigentlich für „ihren“ Platz? Aus der Miteindergruppe war mittlerweile die Initiative „Dialog am Birnbaum“ geworden und mischte sich kurzfristig im Viertel in die bereits laufenden Umbauarbeiten am Entenbachplatz ein.

Die Mitglieder fragten sich, ob man die Anwohnenden am „Schlotti“ nicht besser frühzeitig einladen sollte, ihre Perspektiven, Bedürfnisse und Wünsche in den Planungsprozess einzubringen. Statt sie irgendwann mit der Umsetzung eines Mikroplatzes zu überraschen. So entstand die Idee, nochmals ergebnisoffen zu diskutieren, ob überhaupt – und wenn ja – wie der Platz in Zukunft gestaltet sein könnte. Die Bürgerinitiative machte sich auf den Weg, einen Beteiligungsprozess anzubieten – quasi „von unten“, von Nachbar zu Nachbarin. So entstand eine ungewöhnliche und bisher bundesweit einzigartige Organisationsform der Beteiligung. Unter enormem Engagement aller Beteiligten gelang eine intensive Abstimmung und Kommunikation ins Viertel, und es entstand eine besondere Wertschätzung des Engagements der Initiative und der vielfältigen Mitwirkungsmöglichkeiten im Prozess. Wegweisend für künftige Projekte ist die Erkenntnis, dass Beteiligungsangebote von einer engeren Kooperation mit Akteuren vor Ort enorm profitieren könnten: für die Ansprache, die Einladung, die Aktivierung, aber auch die Information und Transparenz über das Vorhaben und das Vorgehen – und damit zu einer höheren Glaubwürdigkeit und damit letztlich Akzeptanz dieser Prozesse und der so erarbeiteten Ergebnisse beitragen könnten.

Crossmedial und kreativ

Gefunden wurde das Münchner Forum e. V. als gemeinnütziger Träger eines solchen Beteiligungsprozesses – damit konnte eine Förderung beim Referat für Klima- und Umweltschutz beantragt werden. Von Anfang hatte die Gruppe angedacht, ein professionelles, allparteilich agierendes Moderationsteam

zu beauftragen. Der Prozess sollte glaubwürdig, transparent und mit kreativen Methoden umgesetzt werden – dazu crossmedial mit klassischen analogen Workshops, einer hybriden Präsentation von Zwischenergebnissen und einer Online-Umfrage zum Abschluss. Mehrfach lud die Initiative über Flyer, Plakate und Infostände ein: rund 6.000 Anwohner*innen aus etwa 2.300 Haushalten in dem unmittelbar um den Platz liegenden Straßenkarree. Dank der Lutherkirche Giesing und der Pfarrei Mariahilf standen Räume kostenlos zur Verfügung.

Beteiligung als Platz für Begegnung unterschiedlicher Perspektiven

Über sieben Monate erarbeiteten so rund 70 verschiedene Bürger*innen und Bürger in einer Zukunftswerkstatt Vorschläge und Empfehlungen zur künftigen Platzgestaltung: Mit Visionsbildern und Umsetzungskonzepten ging es kreativ und fröhlich zu, mit viel Neugier und Offenheit (siehe Bild 2 und 3 – Impressionen Beteiligungsprozess). Die Bereitschaft zuzuhören, Kompromisse zu suchen, Interessen auszugleichen und attraktive Lösungen zu entwickeln, hoben die Teilnehmenden stets positiv hervor. Die Zukunftswerkstatt schuf Platz für Begegnung unterschiedlicher Perspektiven. An der abschließenden Online-Umfrage beteiligten sich 254 Haushalte (Rücklaufquote 11%).



Bild 2+3: Austausch über Visionsbilder und Erarbeitung von Konzepten

Auch wenn die Initiative zu Beginn noch relativ unbekannt war: Diese Online-Umfrage zeigte, dass drei Viertel der Beteiligten sich durch die Informationsangebote der Initiative genau richtig informiert gefühlt hatten. Knapp 60% der Befragten bewerten das Ziel der Nachbarschaftsinitiative, einen ergebnisoffenen Beteiligungsprozess anzubieten, „sehr begrüßenswert“, weitere 30% „begrüßenswert“ – zusammen unterstützen 90% das Ziel der Initiative, eine ergebnisoffene Beteiligung anzubieten. Bemerkenswert war: Über 80% der Haushalte möch-

ten auch in Zukunft in der weiteren Planung zum Schlotthauerplatz beteiligt werden.

Wegweisende Ergebnisse: mehr Platz für nachbarschaftliche Begegnung

Die Teilnehmenden hatten im Prozess zwei Konzeptvorschläge entwickelt: Einer sah eine dauerhafte Platzgestaltung vor, der andere eine im Sommer und Winter wechselnde Nutzung. Die Konzepte beinhalteten viele Gemeinsamkeiten: mehr Grün, mehr Aufenthaltsfläche, die Möglichkeit für Hochbeete, Nutzung des Platzes für nachbarschaftliche Aktionen wie ein Flohmarkt oder ein Nachbarschaftsdinner oder kulturelle Aktivitäten (siehe Grafik 1- beide Konzepte). Besonders hervorzuheben ist die hohe Bereitschaft im Viertel, sich dafür zu engagieren: 61 % der antwortenden Haushalte, also mindestens 155 Personen, wären dazu bereit, z. B. ehrenamtlich einen Bücherschrank oder Kreis-

laufschränk zu betreuen. Auch die kreativen Vorschläge für die Suche nach einem zumindest teilweisen Ausgleich der wegfallenden Parkplätze – z. B. Parkplätze von Supermärkten außerhalb der Öffnungszeiten zu nutzen – fanden Zustimmung. Jeder Zehnte hat Interesse, die nachbarschaftliche Teilung von Autos in einer „Viertelflotte“ umzusetzen.

Dazu organisierte die Initiative am Tag der Nachbarn sogar einen Vortrag – direkt neben der Litfaßsäule, die für die Teil-

nahme an der Umfrage warb (siehe Bild 4).

Insgesamt fand das Konzept einer dauerhaften Platzumgestaltung die deutliche größere Zustimmung mit 63,7%, denen dies „eher gut“ oder „sehr gut“ gefiel – wobei einem knappen Drittel das Konzept „eher nicht“ oder „gar nicht“ gefiel. Das Konzept einer Sommer-Winter-Wechselnutzung gefiel nur 39,2 % „eher gut“ oder „sehr gut“, aber 42,2% „eher nicht“ oder „gar nicht“ (siehe Grafik 2) – hier war die Ablehnung sogar höher als die Zustimmung. Eine Zusatzauswertung mit der Methodik des Systemi-



Bild 4: Vortrag über die Viertelflotte und Einladung zur Umfrage per Litfaßsäule

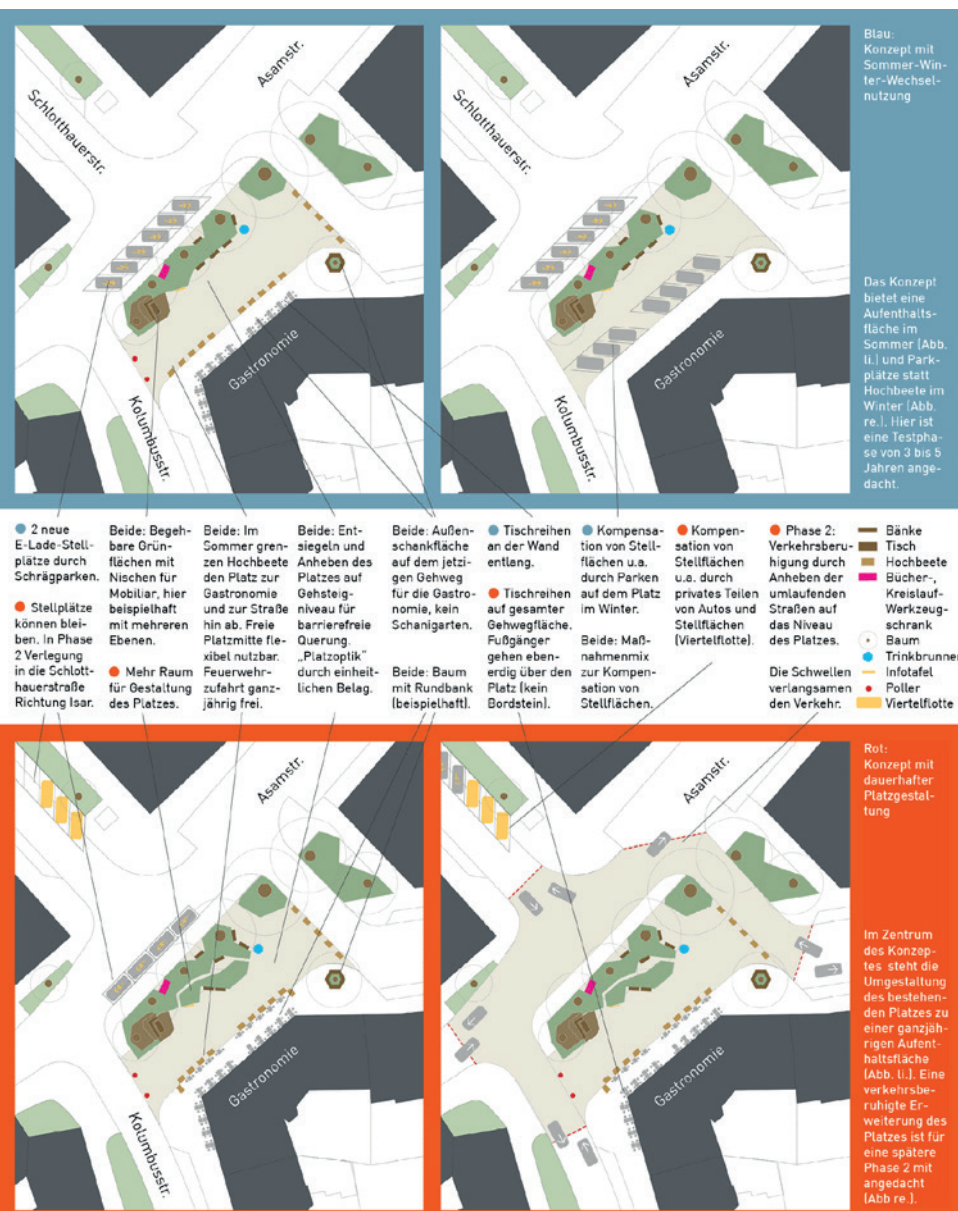
schen Konsensierens machte deutlich: Den Befürwortern der dauerhaften Umgestaltung ging das andere Konzept nicht weit genug – daher meldeten sie Bedenken an. Die Rückmeldung zur dauerhaften Platzgestaltung zeigte die höhere Profilierung oder Spaltung der Meinungen: Hier waren sowohl mehr Menschen begeistert (die keine oder kaum Bedenken hatten) als es auch mehr Personen gab, die erhebliche Bedenken zurückmeldeten. Die Bedenken umfassten dabei neben dem Wegfall von Parkplätzen auch Befürchtungen vor Vermüllung oder nächtlicher Ruhestörung. Die Initiative möchte diese Befürchtungen ernst nehmen und mit den Nachbarn und der Stadt Lösungen entwickeln.

Überhaupt setzt sich die Initiative dafür ein, dass die Empfehlungen der Anwohnerschaft jetzt aufgegriffen werden und in die weitere Planung einfließen. Dazu steht sie – inzwischen als bekannter und anerkannter Akteur der Nachbarschaft – zur Verfügung. Dies bot sie auch bei der vom Bezirksausschuss unterstützten Abschlussvorstellung der

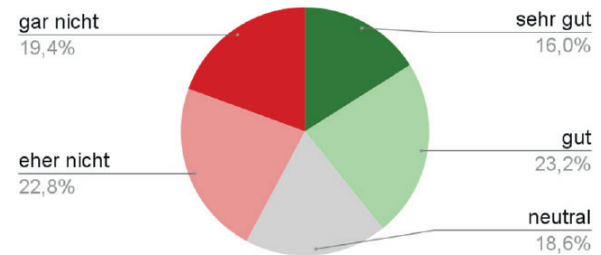
Ergebnisse am 3. Juli 2025 Stadtverwaltung und Stadtbezirkspolitik an. Ziel ist es, die Empfehlungen zur dauerhaften Platzumgestaltung mit temporären Maßnahmen zu beginnen, den Befürchtungen gemeinsam zu begegnen und so die Akzeptanz für eine dauerhafte Umgestaltung zu erhöhen. Immer wieder sprechen Menschen die Mitglieder der Initiative an, wie es nun weitergeht. Seit dem Spätsommer ist ein Besprechungstermin mit den zuständigen Referaten angefragt. Viele Anwohner*innen wünschen sich, dass man zumindest provisorisch mit nachbarschaftlichen Aktivitäten den Platz beleben und bald wirklich erste Ergebnisse sehen kann. 🗣️

Die Autorin Maren Schüpphaus, dialogimpulse, hat zusammen mit Thomas Ködelpeter, Ökologische Akademie e.V., den Prozess als Moderationsteam begleitet.

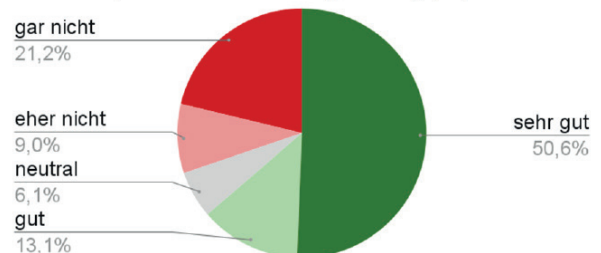
Nähere Informationen zum Prozess mit allen Empfehlungen, Ergebnissen, umfassender Dokumentation und Neuigkeiten zum Prozess finden sich auf www.dialog-am-birnbaum.de 📄



Das Konzept mit Sommer-Winter-Wechselnutzung (blau):



Das Konzept mit dauerhafter Platzgestaltung (rot):



Grafik 2+3: Zustimmung zu den Konzepten

Grafik 1: Die Konzepte

Münchner Forum erinnert an Dr. Hans-Jochen Vogel

anlässlich seines 100. Geburtstags

DELTEV STRÄTER

München (03.02.2026): Am 3. Februar 2026 jährt sich der Geburtstag des ehemaligen Münchner Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel und Impulsgeber zur Gründung des Münchner Forums e.V. zum hundertsten Male. Hans-Jochen Vogel verstarb 2020 in München.

In seine Amtszeit (1960 bis 1972) fielen so bedeutsame stadtentwicklungspolitische Entscheidungen wie die Verabschiedung des ersten Stadtentwicklungsplans (1963) sowie Maßnahmen zur Umsetzung des ersten Generalverkehrsplans (1958), mit denen im Rahmen des Wiederaufbaus Münchens auch Weichenstellungen zugunsten eines „modernen Münchens“ erfolgten. In ihnen kamen vor allem technokratische Modernitätsvorstellungen zum Tragen, die dem Leitbild individueller Mobilität und somit einer stadtplanerischen Vorstellung von München als eine „autogerechte Stadt“ faktisch folgte. In München wurden diese Pläne und bevorstehenden Maßnahmen von einer kleinen, aber aufmerksamen und regen Fachöffentlichkeit von Architekten, Ingenieuren und Planerinnen – organisiert als „münchener bauforum“ – in ihren Wirkungen analysiert und in öffentlichen Veranstaltungen kritisiert. Sie setzten

damit auch Impulse für bürgerschaftliche Initiativen, die ihrerseits konkrete Kritik vor Ort an den öffentlichen Planungen übten und damit Wegbereiter einer sich verbreiternden bürgerschaftlichen Beteiligung wurden. Dr. Vogel erkannte, viel früher als seine in Teilen von Fachborniertheit geprägten städtischen Verwaltungen, dass – insbesondere nachdem 1966 die Entscheidung zugunsten Münchens als Austragungsort der olympischen Sommerspiele 1972 gefallen war – die Kritik einen regulierenden Ort brauchte, an dem um das Für und Wider der Ziele und Maßnahmen zur weiteren Stadtentwicklung öffentlich gestritten, der Disput aber auch zu Ergebnissen gebracht werden sollte. Dazu schlug Vogel die Gründung eines „Münchner Forums“ vor, in dem die für diese Fragen wichtigsten stadtgesellschaftlichen Gruppen wie Wirtschaft, Arbeitnehmerorganisationen und andere als institutionelle Träger angehören sollten, das

Forum aber auch offen sein sollte für die individuelle Mitwirkung aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Die Gründung des Münchner Forums erfolgte im Herbst 1968. Seitdem, seit nunmehr fast 60 Jahren, greift das Münchner Forum im Rahmen seiner Möglichkeiten ein breites Spektrum an Ideen auf und formuliert Einwendungen und Alternativen, mit denen es die öffentliche Diskussion um die Stadtentwicklung in München kritisch beeinflusst und bereichert.

Das Münchner Forum gedenkt seines Ideenge-



Quelle © Münchner Forum

Karl Klühspies und Dr. Hans-Jochen Vogel im Gespräch

bers und Mitbegründers Dr. Hans-Jochen Vogel zum 100. Geburtstag mit Dankbarkeit und in kritischer Verbundenheit und wird ihm über diesen Tag hinaus ein ehrendes Andenken bewahren. 🗙

Dr. Detlev Sträter

Zum Weiterlesen:

Dr. Oskar Holl, 50 Jahre zwischen Planung, Leben und Politik. In: Wir alle sind München. 50 Jahre Münchner Forum: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2018/11/Jubilaumsbroschuere_2018_web.pdf#page=14 🗙

Dr. Georg Kronawitter, Back to the roots. OB Vogel und das Münchner Forum. In: Wir alle sind München. 50 Jahre Münchner Forum: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2018/11/Jubilaumsbroschuere_2018_web.pdf#page=31 🗙

Dr. Detlev Sträter, Hans-Jochen Vogel (1926-2020). Initiator und Mitgründer des Münchner Forums. In: Wir alle sind München. Engagement von Bürgerinnen und Bürgern: https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2024/02/Katalog-MueFo_50Jahre_120224.pdf#page=5 🗙

Das Münchner Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e. V. In: München NICHT wie geplant S. 46ff: <https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2026/02/Das-MueFo-in-Muenchen-Nicht-wie-geplant-S.-46ff.pdf> 🗙

Brief von Hans-Jochen Vogel an das Münchner Forum von 2015: In München NICHT wie geplant S. 300f: <https://muenchner-forum.de/wp-content/uploads/2026/02/Brief-von-H-J-Vogel-in-Muenchen-NICHT-wie-geplant-S.300f.pdf> 🗙

Zeitlos aktuell

Stadtentwicklung in den kommunalen Wahlprogrammen 1984

Argumente und Kommentare 01/1984



Zu vergangenen Kommunalwahlen diskutierte das Münchner Forum immer wieder in seinen Veröffentlichungen die Wahlprogramme der Parteien. So auch in der vorliegenden Archivausgabe der „Argumente und Kommentare“ zur Kommunalwahl 1984. Konkret wurden die Programme der damals angetretenen CSU, SPD, FDP, Die Grünen, Münchner Block und ÖDP analysiert – entlang der, durch die Satzung des Münchner Forums vorgegebenen, Ziele und Themen. Die Wahlbeteiligung lag im Jahr 1984 im Übrigen bei 65% und die Stadtratswahl gewann damals die CSU mit 42,4% vor der SPD mit 41,9% der Stimmen. Bei der Oberbürgermeisterwahl erhielt der SPD-Kandidat Georg Kronawitter mit 48,2 % vor dem CSU-Kandidaten Erich Kiesel mit 44,3 %. die Mehrheit der gültigen Stimmen.

[...]

2. Flächennutzung

Ausgehend von ihrer Leitlinie, weder ein "Null-Wachstum" noch schrankenlose Expansion zu favorisieren, sondern auf ausgewogenes Wirtschaftswachstum zu setzen (S. 18), setzt die CSU auf die Nutzung der noch in München vorhandenen Freiflächen für Gewerbeflächen (S. 20), Wohnungsbau (S. 98) sowie Grün- und Erholungsflächen (S. 62 ff.). Eine Prioritätensetzung innerhalb dieser drei Ansprüche fehlt allerdings. Bei der SPD liegt das Augenmerk,

abgesehen von einer Bejahung "bedarfsgerechten qualitätsorientierten Wachstums" (S. 24), eher bei der Forderung nach flächensparender Bauweise im Wohnbau sowie Erhaltung wertvoller Freiflächen (S. 31), besonders Bewahrung der Freiflächen des Münchner Nordens vor "Dreck und mißliebigem Gewerbe" (S. 33).

"Die letzten Freiflächen nicht nicht vorschnell zubetonieren", ist ebenso das Anliegen der FDP (S. 14), die ÖDP fordert (S. 10), Neuausweisung von Bauland nur nach Vorliegen eines ökologischen Gutachtens zu gestatten sowie alle bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen unbebaut zu lassen; freiwerdende Gewerbeflächen innerhalb des Mittleren Ringes sind nach dieser Partei in Grünflächen umzuwandeln. Die Grünen (S. 20 f.) sprechen sich dafür aus, Neuausweisungen von Gewerbeflächen innerhalb der Stadtgrenzen nicht mehr für die Ansiedlung und Erweiterung von Großbetrieben vorzunehmen.

Der Münchner Block will eine "verstärkte Ausweisung von ...kostengünstigen Gewerbeflächen", aber auch die Erhaltung aller innerstädtischen Grünzonen (S. 2 - 3). Für die Verlagerung umweltstörender Betriebe aus dem Wohnumfeld will sich die CSU (S. 49) einsetzen, für eine Umweltverträglichkeitsprüfung die SPD (S. 48).

3. Städtebauliche Entwicklung

Für nahezu alle Parteien hat, soweit sich in ihren Wahlprogrammen Aussagen finden, der Bestandsschutz für bestehende Bauten ein Übergewicht der Neubauplanung gegenüber. Zu "besserer Architektur durch Wettbewerbe" bekennt sich das FDP-Programm (S. 15), sowohl für die Gestaltung wie auch zur Kostenreduzierung. Die CSU (S. 49 f.) setzt die Begriffe "Energiesparendes Bauen im naturnahen Umfeld", "Familiengerechtes Wohnen (Jung und Alt unter einem Dach)" ein, mit konkreter städtebaulicher Zielsetzung verweist sie auf die laufende Stadtsanierung und Stadterneuerung als ihren Programmbeitrag. Die Grünen verlangen Abkehr von der Hochhausarchitektur, sprechen einer "menschen- und umweltgerechten Planung" (S. 23) das Wort und geben einen verhältnismäßig detaillierten architektonischen Forderungskatalog. Ähnlich äußert sich die ÖDP (S. 11), die als positives Beispiel etwa "Hofbebauung wie in der Borstei" nennt.

Neubausiedlungen in den Außenbereichen sollen anstatt langweiligen Abstandsgrüns Bewohnergärten erhalten (SPD 39), die Verbindung von Wohnen und Grün betonen daneben alle Parteien: CSU (S. 63) mit Hinweis auf Grüne Hinterhöfe und verschiedene Begrünungsformen; ähnlich die SPD (S. 37) die FDP (S. 37), die ÖDP (S. 3).

4. Verkehr

a) Öffentlicher Verkehr: Die CSU (S. 38) fordert den Bau neuer U-Bahn-Linien, die SPD (S. 50) den Ausbau des Netzes" FDP (S. 11) und Grüne (S. 26) sind gegen neue Linien, die ÖDP verlangt weiteren Ausbau.

Zur Straßenbahn äußert die CSU (S. 50), daß deren Rolle vorurteilsfrei geprüft werden solle. Die SPD (S. 50) will die Trambahn für tangentielle Verbindungen erhalten, ebenso die FDP (S. 11). Die Grünen (S. 26) sind für die Erhaltung des gesamten bestehenden Trambahnnetzes, ebenso der Münchner Block (S. 3), die ÖDP (S. 6) sieht die Beibehaltung der Trambahn als U- und S-Bahn-Zubringer.

Mehrere Parteien machen Vorschläge zum Bus-Verkehr, z. B. Beschleunigung durch eigene Spuren und Ampelsteuerung (SPD S. 51, FDP S. 12), Abgasentgiftung (Grüne, S. 27) langfristig Umstellung auf Elektroantrieb (ÖDP S. 6). Einbeziehung von Taxis in Zubringerfunktionen sieht die CSU (S. 59) vor, die FDP (S. 11) durch vermehrten Einsatz von Linientaxis, ebenso die Grünen (S. 27).

Tarifpolitik: Die CSU (S. 60) strebt an, den Kostendeckungsgrad auf mindestens 50 % beizubehalten, die FDP (S. 11) sieht Reserven der Kostenverringerung in der Vergabe von Unterhaltsarbeiten an Private. Grüne (S. 27): Kurzfristig Vergünstigungen, langfristig Null-Tarif.

Park-and-ride-Plätze: Vermehrung gefordert von CSU (S. 29), und FDP (S. 13).

b) Individualverkehr: "Grüne Welle" für Autos ist ein Lösungsvorschlag sowohl der CSU (S. 29) wie auch der FDP (S. 12) ebenso die Beseitigung von Verkehrsengepässen auf Durchgangsstraßen (CSU S. 44, FDP S. 12)

Mittlerer Ring: Weiterer kreuzungsfreier Ausbau CSU (S. 44), FDP (S. 12), ÖDP (S. 7); nach Brudermühltunnel kein weiterer Ausbau SPD (S. 52) sowie Grüne (S. 26, aber mit flankierenden Maßnahmen wie Geschwindigkeitsverringerung).

Autobahn A 99: Die FDP ist für die Schließung des Nordrings (S. 12), aber ohne Eingriff in den Allacher Forst, ähnlich die ÖDP (S. 7); die Grünen fordern statt dessen eine zweispurige Bundesstraße oder vierspurige Stadtstraße auf der Nordtrasse (S. 27). CSU und SPD machen keine speziellen Aussagen.

Verkehrsberuhigung: Bei der CSU (S. 43) als "Bündelung des Verkehrs" auf Durchgangsstraßen vorgesehen, detaillierte Planungsabsichten bei der SPD (S. 53 - 55), als "Wohn- und Spielstraßen" bei der FDP; bei den Grünen (S. 26) u. a. mit genereller Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h in Wohngebieten verbunden; als Stadtteil-Verkehrsberuhigung bei der ÖDP (S. 8 f).

Radverkehr: Dessen Förderung durch Radwegbau fordern die CSU (S. 30, 64 SPD (S. 55), FDP (S. 13), die Grünen (S. 26), ÖDP (S. 9) sowie der Münchner Block (S. 3).

c) Einzelprojekte:

Rangierbahnhof München-Nord (Allach): Abgelehnt von der CSU (S. 43) und SPD (S. 55) unter Hinweis auf einen Alternativstandort, ebenso ÖDP (S. 8). Ohne Alternativstandort abgelehnt von den Grünen (S. 27).

Flughafen München-Riem: Ist aufzulassen nach den Programmen der CSU (S. 43), SPD (S. 55), FDP (S. 14); für Beibehaltung stimmen die Grünen (S. 27) und die ÖDP (S. 3).

[...]

6. Bürgerbeteiligung

Neben den bundesrechtlich geregelten Formen der Bürgerbeteiligung an Bauleitverfahren gibt es ein Gebiet, in dem die bayerischen Gemeinden die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger regeln können - bei der Kompetenzausstattung der Bezirksausschüsse.

Hierzu machen die Parteien folgende Programmaussagen:

CSU (S. 14): Die Bezirksausschüsse haben "besonderen Rang" bei der Pflege von Bürgerkontakten, sonst keine speziellen Aussagen;

SPD (S. 11) FDP (S. 6), Grüne (S. 3): Die Bezirksausschüsse sollen eigene Entscheidungsrechte erhalten und vom Volk direkt gewählt werden, SPD und Grüne fordern zusätzlich ein eigenes Etatrecht. Die ÖDP tritt für direkt gewählte Bezirksausschüsse mit eigenem Etat ein.

Zum Bürgerbegehren machen CSU und FDP keine Aussage; die SPD (S. 11), die Grünen (S. 3) und die ÖDP (S. 15); ja. 

Forum aktuell auf LORA 92,4 UKW



Zum Nachhören:

Sendung 12/2025

Der AAN im Interview – Ein Lagebericht zum ÖPNV in München

AAN-Sprecher Berthold Maier diskutiert im Interview mit Michael Schneider den aktuellen Zustand des Münchner Nahverkehrs, bewertet die Entwicklungen des vergangenen Jahres und gibt einen Ausblick darauf, was sich in den kommenden Jahren verändern muss, um die Grundlagen für einen attraktiven, effizienten ÖPNV zu schaffen, der einen wesentlichen Baustein zum stadt- und umweltverträglichen Verkehr darstellt.

Sendung 09/2025:

Die Arroganz der Macht – Weniger Demokratie wagen in München?

48.000 Bürgerstimmen gegen die Hochhauspläne an der Paketposthalle – und doch erklärt der Stadtrat das Bürgerbegehren für rechtswidrig. Solche Entscheidungen vertiefen die Kluft zwischen Politik und Bevölkerung, verschärfen Konflikte innerhalb der demokratischen Mitte und lassen klare Perspektiven verschwimmen. Bedroht ist nicht nur Münchens Stadtbild mit seinen historischen Sichtachsen, sondern auch die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse. Darüber diskutieren: Christian Ude (SPD), ehemaliger Oberbürgermeister, Robert Brannekämper (CSU), MdL, 1. Vorsitzender des Vereins HochhausSTOP und Claudia Mann, Architektin und Denkmalpflegerin im Münchner Forum.

Diese und weitere Sendungen finden Sie auf <http://muenchner-forum.de/im-radio/> sowie auf den gängigen Podcast-Plattformen.

Termine der kommenden Sendungen 2026: 30.03., 29.06., 31.08., 30.11.2026 um jeweils um 19:00 Uhr

IMPRESSUM

STANDPUNKTE

ISSN 1861-3004

Münchner Forum – Diskussionsforum für Entwicklungsfragen e.V.

Schellingstr. 65, 80799 München

fon 089/282076, fax 089/2805532

email: info@muenchner-forum.de

www.muenchner-forum.de

www.facebook.com/muenchnerforum

V.i.S.d.P.: Michael Schneider

Redaktion: Anna-Lena Genz, Caroline Klotz, Dr. Annemarie Menke,

Paul Pfeilschifter, Michael Schneider

Layout: Anna-Lena Genz

Endredaktion: Michael Schneider

Redaktionsschluss: 13.01.2026

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Auch können Sie gerne auf Ihrer Homepage Links auf STANDPUNKTE-Ausgaben setzen.

Sie dürfen jederzeit kostenlos und zeitlich unbegrenzt auf die Online-Versionen von STANDPUNKTE-Artikeln verlinken und diese anteasern, indem Sie neben der Überschrift und dem Vorspann bis zu drei Sätze nach Wahl aus den Artikeln zitieren. Dabei sind technisch auch einzelne Seiten adressierbar, indem Sie an die Endung .pdf direkt Folgendes anhängen: #page=XX (Seitenzahl).

Ob und in welcher Form in den Beiträgen eine gendergerechte Sprache verwendet wird, überlassen wir der Gestaltungsfreiheit der Autorinnen und Autoren.

Sollten Sie unsere STANDPUNKTE jemandem zukommen lassen oder nicht mehr erhalten wollen, genügt eine E-Mail an:

info@muenchner-forum.de